

Die Nahrungsmittelwirtschaft der Stadt Köln

Vortrag, gehalten vor dem Stadt-
verordnetenkollegium im Kölner
Rathaus am 17. November 1919
vom Beigeordneten Dr. Best



KÖLN 1919
DRUCK VON M. DUMONT SCHAUBERG.



Das Ernährungsproblem hat in den bisherigen öffentlichen Verhandlungen der neuen Stadtverordneten-Versammlung weitaus den breitesten Rahmen eingenommen. Nach den von der Verwaltung Ihnen gegebenen Darlegungen und nach den grundsätzlichen Erörterungen und ins einzelne gehenden Ausführungen der verschiedenen Fraktionsredner müßte ich befürchten, Sie, meine Damen und Herren, mit einem Vortrag über die Nahrungsmittelwirtschaft zu ermüden, wenn nicht das Thema so außerordentlich vielseitig und so unerschöpflich wäre. Selbst auf die Gefahr, längst Bekanntes zu wiederholen und schon oft Gesagtes noch einmal zu sagen, kann ich deshalb es heute wagen, Ihnen im Zusammenhang einen Überblick über das gesamte Ernährungswesen unserer Stadt zu geben.

Meine Damen und Herren! Die deutschen Stadtverwaltungen haben vor dem Kriege sich nur gelegentlich und vereinzelt mit dem Problem der Volksernährung befaßt. Der Krieg brachte uns eine sich von Grund auf vollziehende Umgestaltung unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse und stellte die Städte auch auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung vor völlig neue und tief einschneidende Aufgaben. Schon bei Kriegsausbruch beginnend, hat sich so auch in Köln eine im einzelnen sehr komplizierte, Hunderte und aber Hunderte Beamte und Angestellte beschäftigende, in Dutzende von Abteilungen gegliederte Organisation herausgebildet, über deren Apparat und über deren Tätigkeit ich die Ehre habe, Ihnen einige Angaben hier vorzutragen zu dürfen.

Zunächst das Gerippe dieser **Organisation!**

Zurzeit gliedert sich die ganze Lebensmittelabteilung in drei getrennte, aber natürlich eng miteinander und zusammenarbeitende Dezernate. Unserem Herrn Oberbürgermeister fällt das Verdienst zu, als Erster Beigeordneter seinerzeit die Organisation der kriegswirtschaftlichen Abteilungen in einer für andere Städte vorbildlich gewesenen Art auf die Füße gestellt zu haben. Nach dem Unfall, den er 1917 erlitt, übernahm Herr Erster Beigeordneter Dr. Matzerath

zunächst das Nahrungsmitteldezernat allein. Später wurde ich mit in die Kölner Nahrungsmittelwirtschaft eingespannt, und 1918 trat als dritter im Bunde Herr Kollege Dr. Billstein hinzu. Jetzt bearbeitet Herr Matzerath vor allem Brot, Kartoffeln sowie Gemüse und Obst und hält in der Bilanzabteilung die Fäden der gesamten Kriegswirtschaft in seiner Hand, die ja gleichzeitig, wie Sie wissen, die Hand des Finanzdezernenten ist. Zu meiner Zuständigkeit gehören Fleisch, Fett, Milch, Fische, Zucker, Nährmittel und die sonstigen Nahrungsmittel. Eine Zentralabteilung und Abteilung für allgemeine Fragen der Versorgungsregelung, die meiner Leitung unterstehen, soll für die Einheitlichkeit in der Nahrungsmittelwirtschaft unserer Stadt sorgen. Herr Billstein, der gleichzeitig Bekleidung und Heizstoffe unter sich hat, bearbeitet das umfangreiche Gebiet der Verteilungsregelung und Verteilungskontrolle; ihm unterstehen die Markenzentrale mit ihren Verwaltungsnebenstellen, mit Wirtschaftsabteilung und Krankenabteilung; er leitet die Preisprüfungsstelle mitsamt der zugehörigen Polizei, Handelsuntersagungs- und Ersatzmittelstelle.

Zur Bearbeitung der laufenden Angelegenheiten wurden unter den drei Dezernenten im Laufe der Zeit eine ganze Reihe, insgesamt einige 30 verschiedene Abteilungen gebildet, an deren Spitze ein Oberbeamter steht, der die Arbeit der ihm beigegebenen Beamten und Angestellten leitet und beaufsichtigt. Wöchentlich Donnerstags stattfindende Konferenzen aller Abteilungsdirigenten (zurzeit neun), unter Zuziehung der in Betracht kommenden Betriebsleiter, sollen das reibungslose Zusammenarbeiten der einzelnen Abteilungen gewährleisten.

Da sofortige Entscheidungen bei der Eigenartigkeit der Tätigkeit auf dem Gebiete der Nahrungsmittelwirtschaft die vorherige Anhörung der Stadtverordneten-Versammlung meist zur Unmöglichkeit machen würden, hat die Stadtverordneten-Versammlung einen Ausschuß für Kriegs- und Übergangswirtschaft aus ihrer Mitte delegiert und ihm auch die Kontrolle über die Verwendung des der Stadtverwaltung für die Nahrungsmittelwirtschaft zur Verfügung gestellten freien Kredits übertragen; allwöchentlich Mittwochs tagt der Stadtverordneten Ausschuß.

Eine vielköpfige Lebensmittelkommission, die vorigen Donnerstag gewählte jetzige Versorgungskommission, berät die Verwaltung, während die Hauptkommissionsarbeit in den, aus dieser Lebensmittel- bzw. Versorgungskommission gebildeten bzw. demnächst neuzubildenden Unterkommissionen geleistet wird.

Parallel mit dieser Arbeit des Ausschusses, der Versorgungskommission und der Unterkommissionen geht, sie ergänzend, die Tätigkeit der Preisprüfungsstelle. Ihre ja örtlich begrenzte Tätigkeit mußte zusammenschrumpfen in demselben Maße, wie die fortschreitende Zentralisierung in der Bewirtschaftung aller wichtigen Nahrungsmittel für fast sämtliche Gegenstände des täglichen Bedarfs gesetzliche zentrale Höchstpreise mit sich brachte; sie rückte aber letztthin durch die Maßnahmen zur Bekämpfung von Wucher- und Schiebertum wieder in den Vordergrund des Interesses.

So in großen, groben Zügen die Organisation unserer Lebensmittelwirtschaft.

Und worin besteht denn die viel kritisierte **Tätigkeit** dieser Organisation?

Da werden Sie mir erlauben, einen Blick zurückzuwerfen auf die Verhältnisse, die zu dieser den Stadtverwaltungen bisher ungewohnten Betätigung führten.

Deutschland konnte, als der Krieg uns wirtschaftlich ungenügend vorbereitet überraschte, sich nicht aus der eigenen Produktion selbst ernähren; der große Einfuhrüberschuß, den wir vor dem Kriege zu verzeichnen hatten, fiel weg, als die Hungerblockade einsetzte. Bei diesem Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr handelte es sich um sehr wichtige Dinge, allein um Millionen Tonnen Getreide, Ölf Früchte, Futtermittel, die auf dem Umweg über das Tier sich in menschliche Nahrungsmittel umwandeln. Dazu kamen alle jene Dinge, Chilisalpeter u. dgl., die unsere Landwirtschaft zur Produktion unbedingt braucht. Auf diese Einfuhr mußten wir nach Kriegsausbruch verzichten.

Die eigene Produktion Deutschlands konnte während des Krieges also nicht mehr die Ergänzung durch die Einfuhr erhalten, die nötig war zur Ernährung des deutschen Volkes. Die eigene Produktion verringerte sich zudem durch Mangel an Arbeitskräften infolge der Einziehung aller Wehrfähigen und Anspannung aller Kräfte für Herstellung von Heeresbedarf, durch Mangel an Arbeitsmaterial, dessen Ergänzung immer schwieriger wurde, je mehr alles auf die Kriegsbedürfnisse abgestellt wurde, durch teilweise Verringerung der Anbauflächen gewisser Nahrungsmittel (verfehlte behördliche Anordnungen trugen mit dazu bei, unheilvolle Änderungen der Anbauverhältnisse sich vollziehen zu lassen: ich erinnere nur an die durch die Preispolitik der Reichsstelle für Gemüse hervorgerufenen Einschränkungen des Kartoffel- und Rübenbaues), endlich durch die immer mehr sinkende

Ergiebigkeit des Bodens, dem nicht mehr zugeführt werden konnte, was er benötigte. Der tierische Dünger wurde geringer infolge der Abnahme des durch Schlachtungen verminderten Viehbestandes, er wurde schlechter, weil das Tier nicht mehr so gefüttert werden konnte wie im Frieden. Künstlicher Dünger fehlte ganz, weil die Einfuhr fehlte und weil die zu seiner Herstellung benötigten Stoffe zur Munitionserzeugung dienen mußten. Zu dem Wegfall der Einfuhr und der geringeren Eigenproduktion kam als erschwerend und verschlimmernd hinzu ein Mehrverbrauch durch den riesigen Heeresbedarf an Nahrungs- und Futtermitteln, durch den trotz aller Einschränkungen vielfach stärkeren Verzehr mancher Nahrungsmittel, z. B. Fleisch, und durch Verluste, die die behördliche Bewirtschaftung durch zweifellos vielfach, namentlich anfänglich, unsachgemäße Behandlung zur Folge hatte.

Das in kurzen Zügen die Ursachen der sich ständig schärfer bemerkbar machenden Knappheit an Lebensmitteln.

Welche Tätigkeit konnte demgegenüber die Stadtverwaltung entfalten, und in welchen Bahnen vollzieht sie sich?

Riesenaufgaben ergaben sich auf die die deutschen Stadtverwaltungen ebenso unvorbereitet waren, wie es die deutsche Gesamtwirtschaft und die Reichs- und Staatsverwaltung waren.

Die Initiative im Kampf gegen die drohende Aushungerung haben die Städte, und mit als erste Köln, die bedrohte Grenzfestung, selbst ergriffen und nicht auf das Eingreifen der Reichs- und der Staatsbehörde gewartet. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß das Bild sich im Laufe der Zeiten geändert hat. Hatten zunächst die Kommunen noch volle Bewegungsfreiheit, so wurde diese im Laufe der Kriegsjahre mehr und mehr eingeengt in dem Maße, wie die Zentralinstanz allmählich ein wichtiges Nahrungsmittel nach dem andern in den Kreis der behördlichen Bewirtschaftung einbezog. Und wenn auch nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges jetzt der eine oder andere im übrigen im wesentlichen fehlgeschlagene Teilversuch — ich erinnere an Eier, Fische, Hafer — seitens der Reichsregierung gemacht ist, die Zwangswirtschaft abzubauen: im großen und ganzen sind die Kommunalverbände seit langer Zeit, so auch jetzt noch, weiter nichts wie Verteilungsstellen, die letzten Gliedereines künstlichen und eminent kompliziert aufgebauten behördlichen Verteilungsapparates, als letzte Glieder jedoch auf der einen Seite ohnmächtig zu eigener schöpferischen Betätigung, als letzte Glieder auf der anderen Seite aber auch, weil sie dem einzelnen

Verbraucher am nächsten stehen, am meisten ausgesetzt der Kritik für Maßnahmen übergeordneter Stellen, für die sie verantwortlich gemacht zu werden pflegen.

Einer Knappheit in Lebensmitteln kann man natürlich auf zwei Weisen begegnen, einmal dadurch, daß man dafür sorgt, daß an Stelle der knappen Mengen reichlichere zur Verfügung stehen, und zweitens dadurch, daß man Maßnahmen trifft, daß der Verbrauch eingeschränkt wird und die knappen Vorräte nicht nur in die Hände derjenigen fallen, die infolge ihres Übergewichts an Beziehungen oder Kaufkraft sie an sich zu reißen imstande sind, sondern so gleichmäßig verteilt werden, daß jeder wenigstens das Notdürftigste bekommt.

Nach beiden angedeuteten Richtungen erstreckte sich von jeher die Tätigkeit der Stadtverwaltung; der Schwerpunkt der Arbeit mußte sich, wie bereits erwähnt, im Laufe der Zeit infolge der Maßnahmen der Zentralinstanzen von der ersten Tätigkeit, nennen wir sie einmal Vorratspolitik, auf die zweite, die Verteilungsfürsorge, verlegen.

Im Anfang war es der Stadt darum zu tun, sich möglichst mit Lebensmitteln zu verproviantieren. Alles rechnete mit einer nur kurzen Dauer des Krieges. Wenn es gelang, die drohende Knappheit durch städtische Ankäufe abzuwenden, so konnte man bis zur Wiederkehr eines geordneten Wirtschaftslebens nach dem erhofften siegreichen Frieden auf eine Verteilungsregelung verzichten.

Diesem Bestreben, Lebensmittel im Großen anzukaufen, verdankt eine Einrichtung ihre Entstehung, die als die Mutter aller Lebensmittelabteilungen angesehen werden kann, das Einkaufsamt.

Das **Einkaufsamt** ist die älteste der kriegswirtschaftlichen Abteilungen. Es wurde gegründet in den letzten Tagen des Juli 1914, als die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens immer mehr schwand. Um die Versorgung der Bevölkerung für den Belagerungsfall sicherzustellen, wurden in Bremen, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen große Mengen haltbarer Lebensmittel, vor allem Reis und Weizen, und ebenso im Inland große Mengen von Getreide, Mehl, Kolonialwaren, Fleisch, Schmalz u. a. gekauft.

Vom Winter 1914/15 ab traten große Einkäufe von Kartoffeln, unmittelbare Bezüge von Petroleum aus Rumänien, große Käufe von Mais und Gerste in Rumänien zur Herstellung des Kölner Brotes und die Einfuhr großer Mengen Fleisch, ferner Fett, Eier und Kartoffelmehl aus Holland und Dänemark u. a. hinzu. Wenn uns in den kritischsten Monaten der vergangenen Jahre manche

Verlegenheit, in die andere Großstädte kamen, erspart blieb, wenn wir, um nur zwei Beispiele zu nennen, noch Reis vor etwa Jahresfrist verteilen konnten, als diese nahrhafte Ware auf dem Markte überhaupt nicht mehr zu haben war, wenn wir in Fett die Ration von 90 g durchhalten konnten, als im übrigen Reich nur 62½ g verteilt werden konnte, so verdanken wir das den weitvoraussehenden Einkäufen, die damals getätigt wurden.

Allmählich hatte sich der Umfang der Geschäfte des Einkaufsamtes so gesteigert, daß es bei der wider Erwarten längeren Dauer des Krieges zweckmäßig erschien, eine Teilung der Geschäfte vorzunehmen. Es wurden im Mai 1916 eine Reihe selbständiger Abteilungen für die einzelnen Zweige der Versorgung gebildet. Die zunehmende Rationierung der Lebensmittel und ihre Bewirtschaftung durch das Reich, das die ausländische Einfuhr in der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft zentralisierte und allmählich alle Inlandslebensmittel zum Zwecke der Bewirtschaftung von Reichs wegen beschlagnahmte, machte den selbständigen Einkauf von Lebensmitteln durch die Stadt je länger je mehr unmöglich, so daß das Einkaufsamt allmählich, im Widerspruch zu seiner nach wie vor beibehaltenen Bezeichnung, auch nur zu einem Glied der großen städtischen Verteilungsorganisation wurde.

Seine ursprüngliche Zweckbestimmung kam vorübergehend wieder zur Geltung, als es vergangenes Jahr gelang, aus den zurückgelassenen Heeresbeständen größere Vorräte uns zu sichern, die uns über die knappen Zeiten des Winters 1918/19 hinweghalfen. Und ein weiteres Betätigungsfeld gewann das Einkaufsamt mit der Möglichkeit, die hier im besetzten Gebiet ja geduldete Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel auch für städtische Versorgungszwecke nutzbar zu machen. Das ist aber in der ersten Zeit nur in beschränktem Maße geschehen, da der freie Handel mittlerweile in großem Umfange einsetzte und es der Verwaltung und dem Stadtverordneten Ausschuß richtiger erschien, die außerordentlich großen Risiken, die in der Auslands-einfuhr bei der schwankenden Valuta begründet liegen, diesen Kreisen zu überlassen, zumal es uns nicht möglich war, billigere Abschlüsse als der Handel zu tätigen. Hätte man auch nur einigermaßen ahnen können, wie ungünstig die weitere Entwicklung sich vollziehen würde, würden stadtseitig größere Reserven zurückgelegt sein. Aber — nachher ist man ja immer klüger! Die Situation hat sich in letzter Zeit wieder einmal gründlich geändert. Der Handel hält zurück mit Einkäufen, eingeschüchtert durch zum Teil irreführende Zeitungs-

nachrichten über angebliche Beschränkungen der Auslandseinfuhr und bevorstehende Beschlagnahmen, die durch die hier amtierenden Kommissare der verschiedenen Reichsstellen oder auch durch die britische Besatzungsbehörde angeordnet seien. Diese Pressenachrichten sind unrichtig, zum mindesten verfrüht. Bekannt ist, daß die britische Behörde durch zwei Befehle Bestimmungen erlassen hat, die den Zweck verfolgen, die Erfassung der Produktion an Inlandslebensmitteln in den einzelnen Kommunalverbänden zu unterstützen, sowie den Kampf gegen das Schiebertum auch im britisch besetzten Gebiete gegen Ausländer zu ermöglichen. Ob auf Grund dieser beiden britischen Befehle für die deutschen Behörden überhaupt eine formale Grundlage geschaffen ist auch im britisch besetzten Gebiet, für das, wie überhaupt für alle Besatzungszonen, bekanntlich die deutschen Einfuhrverbote durch die Besatzungsbehörden außer Kraft gesetzt sind, die aus dem Auslande hereingekommenen für unsere Ernährung notwendigen Lebensmittel zu beschlagnahmen, will ich nicht untersuchen. Tatsache ist jedenfalls, daß diese alarmierenden Pressenachrichten nur auf privaten Meinungsäußerungen eines Regierungsvertreters beruhen, entsprechende Maßnahmen der zuständigen Stellen jedoch nicht vorliegen. Aber die Einschüchterung des realen Nahrungsmittelhandels ist nun einmal da; aus Angst vor drohender Beschlagnahme werden die hier beim Handel aufgestapelten Nahrungsmittel jetzt in die Nachbarzonen abgesetzt, neue Ware wird vom Handel nicht mehr nach Köln (Köln und das britisch besetzte Gebiet ist ja allmählich identisch geworden) eingeführt, durch die Verringerung der Vorräte steigen die Preise. In demselben Maße wie der Handel sich zurückhält, in demselben Maße wird trotz aller Risiken die Einkaufstätigkeit der Stadt wieder einsetzen müssen, damit die Not des kommenden Winters uns nicht völlig ungerüstet findet. Und so gewinnt auch der Einkauf bei unserem Einkaufsamt wieder erhöhte Bedeutung, wenn gleich nach Abtrennung der sonstigen Abteilungen, wie namentlich Kartoffel-, Fleisch- und Fettabteilung, dem Einkaufsamt jetzt nur noch beschränkte Gebiete zur Bearbeitung überlassen sind: die Verwaltung und Ausgabe von Inlandsnahrungsmitteln (Graupen, Gries, Teigwaren, Haferkörner, Hülsenfrüchte), von ausländischem Mehl, Reis und Hülsenfrüchten aus Reichsimporten, von Zucker, Syrup, sowie Brotaufstrich (Marmelade, Kunsthonig und Rübenkraut) und sonstigen Waren. Ich komme auf diese Tätigkeit des Einkaufsamtes noch zurück.

Daß eine vorsichtige Vorratspolitik, so weit wie möglich, auch von den übrigen Abteilungen, die als Nachfolger des Einkaufsamtes die Hauptnahrungsmittel, Brot, Kartoffeln, Fleisch und Fett bearbeiten, weiter getrieben wird, ist selbstverständlich. Angesichts der von den Zentralstellen immer straffer durchgeführten und streng kontrollierten öffentlichen Bewirtschaftung aller Nahrungsmittel ist es nun überaus schwierig, Reserven zurückzulegen. Und wiederholt haben wir die Erfahrung machen müssen, so letztthin noch bei der vom Reich organisierten Verbilligungsaktion, daß die Städte, bei denen das Reich solche Reserven vermutete, auf diese ihre Reserven verwiesen und in den von Reichs wegen erfolgenden Verteilungen gekürzt wurden. Vom Standpunkte des Reichs aus durchaus verständlich, doch andererseits unbillig, wenn man bedenkt, daß Stockungen in den Zufuhren, wie sie immer vorkommen und angesichts unserer Kohlen- und Transportmittelnnot erst recht in den kommenden Monaten zu erwarten sind, gerade in Großstädten von katastrophalen Folgen begleitet sein müssen. Wir befinden uns also in einem Notstand, wenn wir, soweit das irgend möglich ist, für Rücklagen sorgen.

Bei dem Bestreben, die zur Verteilung gelangenden Mengen nach Möglichkeit zu erhöhen, beschränkte sich die Stadt nicht lediglich auf den Einkauf. Auf die Notwendigkeit der Produktionsförderung als des einzigen Mittels, aus der Not herauszukommen, ist in Ihren Verhandlungen von den verschiedenen Rednern hingewiesen. In den Dienst dieser Bestrebungen stellten sich schon sehr frühzeitig unsere verschiedenen **landwirtschaftlichen Abteilungen**.

Es galt die Inlandserzeugung zu forcieren. Unsere örtliche Tätigkeit dabei konnte natürlich nur eine bescheidene sein.

Dies Problem durch entsprechende allgemeine Anordnungen, Preispolitik usw. zu lösen, mußte den Zentralinstanzen überlassen bleiben. Daß in dieser Beziehung zahlreiche Anregungen und dringende Vorstellungen in Berlin gemacht wurden, leider meist ohne Erfolg, nur nebenbei. Aber mit allem Nachdruck wurde darauf gesehen, daß in den Grenzen unseres Stadtkreises kein Fleckchen Erde, das sich zur Bebauung eignete, unbebaut blieb. Dies auf den rund 9000 ha landwirtschaftlich bebauter Fläche des Kölner Weichbildes zu kontrollieren, dafür zu sorgen, daß die Äcker rechtzeitig bestellt, die Ernte frühzeitig hereingebracht wurde, daß unsere Landwirte mit den nötigen Arbeitskräften, dem nötigen Arbeitsgerät, mit Druschkohlen und Bindendraht und was dazu gehört, versehen, daß die Fluren vor Diebstahl und mutwilliger Zerstörung geschützt wurden,

war Aufgabe der **Kriegswirtschaftsstelle**, späterer Kreiswirtschaftsstelle, deren Tätigkeit im Laufe der Demobilmachung aufgehört hat.

Die Abteilung für **Gemüseanbau** ist weitergegangen, sie hat, als die Konkurrenz anderer großer Städte, besonders der westlichen Industriestädte Essen, Düsseldorf, Elberfeld den Kölner Gemüsemarkt vom Vorgebirge verdrängen wollte, 1916 in großem Umfang den Gemüseanbau im Stadtgebiet propagiert, eine Anzahl Musterwirtschaften errichtet und betrieben, den Bauern den Dünger geliefert, das Saatgut besorgt, Pflanzen gestellt und Saatkartoffeln, Verträge über die spätere Abnahme der Produktion zu bestimmten Preisen geschlossen. Der verhältnismäßige Gemüsereichtum späterer Jahre hat die Bedeutung dieser Aktion wieder herabgemindert.

Die Dörranstalten, die im Gefolge dieser Aktion entstanden, die Marmeladefabrik, die Sauerkrautfabrik, ließen neue Abteilungen entstehen, die unter den veränderten Verhältnissen mittlerweile haben wieder aufgelöst werden können.

Auch die Abteilung für Futtermittel, die durch vorbildliche Herstellung von Mischfutter, namentlich für Pferde, es allein ermöglicht hat, daß das für die ganze Nahrungsmittelversorgung so ungeheuer wichtige Transportwesen während des Krieges in Gang geblieben ist, hat, seitdem der freie Handel wieder Pferdefutter bringt, an Bedeutung verloren.

Wichtiger und noch für die Gegenwart und Zukunft von erneuter Bedeutung sind die Aktionen, die von der **Abteilung für Milch- und Mastvieh** eingeleitet wurden. Es galt: mehr Milch! mehr Fleisch!

Auf die Milchbewirtschaftung als solche komme ich nachher noch eingehend zu sprechen, ebenso auf die Fleischbewirtschaftung. Hier sei nur folgendes vorausgeschickt: Es ist schon in voriger Stadtverordneten-Sitzung erwähnt, daß für Schlachtvieh seit Jahren Höchstpreise bestehen, die sehr niedrig gehalten sind, dagegen für Milchvieh eine Preisbindung nicht existiert; die Milchviehpreise sind nachgerade ungeheuer hoch geworden. Für den Landwirt, der eine abgemolkene Kuh als Schlachttier verkauft, ist es nicht möglich, für den durch den Verkauf erzielten Erlös eine neue Milchkuh zu kaufen. Die Gefahr besteht, daß der Milchviehbestand wie allgemein, so auch im Stadtbezirk sich aus diesem Grunde ständig verringert. Deshalb kauft die Stadt seit Jahren, sei es im Ausland, namentlich Holland, sei es in den viehreichen deutschen Bezirken (Holstein, Oldenburg, Hannover), Milchvieh — übrigens auch Ziegen haben wir angekauft und an Interessenten weitergegeben — auf und führt

es in den Stadtbezirk ein. Eine Verbesserung in der Milchversorgung wird dadurch erzielt, daß die Verwaltung die beschafften Milchkühe zum Teil in einem städtischen Abmelkstatt, aus dem die sämtliche ermolkene Milch an die städtische Molkerei im Schlachthof abgeliefert wird, zum Teil bei Landwirten, die die Milch ihrer Ställe an die Stadt liefern, zum Abmelken unterbringt. Das ist in großem Umfang seit Jahren geschehen. Weidevieh gibt naturgemäß — namentlich im Frühsommer — viel Milch; im August nimmt die Ergiebigkeit ab, ist im Winter sehr gering. Konstante Milchproduktion ist dagegen in den Abmelkställen gesichert, deren Wesen, wie Sie wissen, darin besteht, daß in ihnen nur frischmelkende oder hochtragende Tiere eingestellt und stark gefüttert werden, so daß sie möglichst viel Milch geben und auch Fett ansetzen. Sobald die Milchabsonderung nachläßt, werden die Kühe geschlachtet und wiederum durch hochtragende oder frischmelkende ersetzt. Für die Milchbelieferung der Großstadt spielen die leider immer mehr im Rückgang befindlichen Abmelkwirtschaften eine entscheidende Rolle. Die Stadt hat deshalb seit 1916 einen eigenen Abmelkstatt eingerichtet, um den Wintertiefstand der Milchversorgung wenigstens etwas zu bessern. Die seit dem 27. Oktober dieses Jahres plötzlich verfügte Sperre für Nutzviehverkehr hat uns gehindert, die vorigjährigen Aktionen in der trotz der ungeheuren Preise auch für 1919 geplanten großzügigen Weise zu wiederholen. Wir hoffen aber doch, nachdem die Sperre unlängst ebenso plötzlich wieder aufgehoben ist, allerdings dem ebenfalls recht einschneidenden Ausfall des Personenverkehrs Platz gemacht hat, es auf rund 300 Kühe im Abmelkstatt wieder zu bringen und mit dem dadurch gewonnenen Milchquantum das Milchaufkommen in den kommenden, für die Milchversorgung überaus ungünstigen Wintermonaten einigermaßen zu erhöhen.

Ein Teil der gekauften Tiere wird bei solchen Landwirten, die ihre sämtlich ermolkene Milch in die Stadt liefern und als besonders zuverlässig bekannt sind, zum Abmelken untergebracht. Die Kühe bleiben Eigentum der Stadt. Mit den Landwirten werden Verträge abgeschlossen, nach denen sie die Tiere zu pflegen und zu füttern haben. Abgemolkene und schlachtreife Tiere werden zur Verwertung als Schlachtvieh zum Schlachthof zurückgebracht. Es wurden auf diese Weise für Privatabmelkställe angeschafft und leihweise abgegeben 1916: rund 500 Kühe, 1918: rund 1200 und 1919: rund 1120 Kühe. Augenblicklich stehen noch 1345 Tiere auf Vertragsmiete bei Landwirten.

Die Milch ist ein so lebensnotwendiges Nahrungsmittel, daß die Verwaltung in den Bemühungen um Steigerung der Produktion sich nicht damit begnügen kann, für die Einfuhr von Milchtieren zu sorgen und, was ich zu erwähnen nicht unterlassen möchte, die Lieferung von Kraftfutter an die Tierhalter zu vermitteln, sondern, daß sie auch noch weitergehenden Anreiz bieten mußte, die Milchproduktion zu steigern. In dieser Beziehung sind zu erwähnen die Zuschläge von je 6 Pf. pro Liter, die die Stadt zu Lasten der Gesamtheit, ohne daß dadurch der Verbrauchspreis der Milch erhöht wird, zahlt an vom Regierungspräsidenten anerkannte reine Abmelkwirtschaften. Zu erwähnen sind ferner die Prämien an die Molkereien für gesteigerte Winterlieferung. Zu erwähnen sind endlich und vor allem die Zuschüsse bis zu 600 Mk. die unter gewissen Voraussetzungen (Lieferung von 4000 l Milch) an Milcherzeuger, deren Viehhaltung auch im Sommer vorwiegend auf Stallfütterung beruht, zur Anschaffung einer neuen frischmelkenden oder hochtragenden Kuh gezahlt werden. Augenblicklich haben 372 Landwirte diesen sogenannten Milchleistungsvertrag mit der Stadt abgeschlossen, und seit dem Bestehen des jetzt im dritten Jahre laufenden Vertrages wurden insgesamt über 1½ Millionen Mark Zuschüsse gezahlt. Schließlich werden auch noch Prämien für erhöhte Milchlieferung bezahlt, nämlich für jedes Liter, das ein Mehr über den normalen Durchschnittsertrag einer Kuh von 7 (bzw. in den milchärmsten Monaten von 6) Liter täglich bedeutet. Es sind ganz erkleckliche Summen, die es die Stadt sich kosten ließ, um auf diese Weise die Produktion der Milch zu fördern. Ich glaube, sagen zu können, daß ihre Anwendung sich gelohnt hat und daß wir es dieser Politik zu verdanken haben, wenn die Milchnot in Köln bisher nie derartig trostlose Formen angenommen hat wie in anderen Großstädten.

Der enge Zusammenhang zwischen Fleischversorgung und Milchversorgung ist ja ohne weiteres klar. Das Vieh, das zum Fleischverbrauch in Köln bestimmt ist, wird uns genau nach Stückzahl amtlich zugeteilt. Eine Verbesserung in der Fleischversorgung bedeutet es also, wenn unserm Schlachthof statt der oft abgetrieben angelieferten mageren, gut genährte fette Rinder zugeführt werden konnten. Ich wies bereits darauf hin, daß die sämtlichen nicht mehr als Milchkühe geeigneten Kühe des städtischen Abmelkstalles sowohl als auch der Privatabmelkställe dem Schlachthof als Schlachttiere zugeführt werden. In dem angedeuteten Sinne vermehrend wirken vor allem aber auch die von der Stadt seit 1916 durch Auftrieb

von Hunderten von Ochsen, Rindern und Kühen in Weidegebieten Oldenburgs und Schleswig-Holsteins durchgeführten Fettweideaktionen.

Wenn Sie bedenken, daß die Verwaltung an Milchkühen im Laufe der Jahre bis jetzt angekauft hat 4120 Stück zum Gesamtpreise von rund 8 666 100 Mk. und an Magervieh zur Besetzung der Fettweiden 2138 Stück zum Gesamtbetrage von rund 2 080 500 Mk., so bilden diese Ziffern einen kleinen Anhalt dafür, was alles durch Viehankauf zur Verbesserung von Milch- und Fleischversorgung geschehen ist.

In dasselbe Kapitel gehört die städtische Schweinemast. Die Stadt betreibt auf zwei angepachteten Gutshöfen zu Bockdorf bei Kempen und im Schlachthof in Ehrenfeld Schweinemast verbunden mit Schweinezucht. Bis jetzt konnten rund 700 fette Schweine aus Bockdorf nach der Kölner Mästerei zur Schlußmast gebracht werden. Die Verwertung der im Schlachthof zur vollen Schlachtreife (zwei bis drei Zentner) gebrachten Schweine erfolgt in der Weise, daß, solange die Wurstfabrik noch regelmäßig arbeitete, jede Woche 20 bis 30 Stück abgeschlachtet und zur Verarbeitung in die Wurst abgegeben wurden. Die Zentralwurstfabrik kann leider in letzter Zeit wegen Mangels an „Innereien“ nur hin und wieder arbeiten. Unsere Schweinemast setzte uns vor zwei Monaten in die Lage, einmal wieder frisches Schweinefleisch — Schweine werden ja bedauerlicherweise uns als Schlachtvieh seit langem nicht mehr amtlich zugeführt — verteilen zu lassen.

Wenn ich in dem Vorangeführten vielleicht etwas sehr in Einzelheiten eingegangen bin, so war es mir darum zu tun, Ihnen mal an einigen Beispielen einen Einblick darin zu geben, was allein auf dem begrenzten Gebiete der Milch- und Fleischversorgung die Stadt getan hat und tut, um die Produktion zu fördern. —

Aber was sind denn ein paar hundert Rinder und Schweine im Jahr für den laufenden Fleischbedarf unserer Großstadt, was sind ein paar tausend Liter Milch täglich im Verhältnis zu dem im Frieden über 200 000 l zu schätzenden täglichen Kölner Milchverbrauch! Was die städtische Verwaltung auf die geschilderte Weise erzielen konnte, so angenehm es als Ergänzung empfunden wird, ist ja doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Man macht sich allgemein wohl von der Schwierigkeit der Versorgung einer Großstadt und von den ungeheuren Mengen, die zur Verteilung auch nur einer ganz geringen Ration erforderlich sind, keine genügende Vorstellung. Wie oft hörte und las man in der verfloßenen Kriegszeit, daß in dieser und jener kleineren Stadt

dies und das habe verteilt werden können: „Warum nicht in Köln?“ Ja, meine Damen und Herren, den Waggon, den jene Kleinstadt hat beschaffen können, hätten wir wohl auch haben können. Der Unterschied ist nur der: mit diesem Waggon kann die Kleinstadt alle ihre Bürger befriedigen, bei uns langt's nicht, und es wollen doch alle gleichmäßig etwas haben. Kleine Posten sind aber leichter zu beschaffen wie ganze Züge. Bei all den Dingen, bei denen das „Warum nicht in Köln?“ zu hören war, handelte es sich im übrigen nicht um Zuteilungen der Reichsstelle im Rahmen der Zwangswirtschaft. Ja, durch die Maschen der Zwangswirtschaft schlüpft wohl einmal schon ein Waggon hindurch, aber ein ganzer Zug? Und noch ein zweites: Eine Kleinstadt in landwirtschaftlicher Umgebung nimmt an dem Reichtum dieser Umgebung teil, einer Großstadt fehlt diese Möglichkeit in gleichem Umfang. Deshalb war und ist die Ernährung in Landstädten wohl immer besser als in der Großstadt.

Vor allem aber: Man versuche sich einmal ein Bild zu machen, welche ungeheuren Mengen notwendig sind, um auch nur ganz minimale Rationen in der Großstadt zu verteilen! Da kann's nicht wunder nehmen, wenn die Sache hin und wieder mal nicht so ganz klappen will. Um welche Riesenmengen handelt es sich! Es spricht sich so leicht aus: Allwöchentlich müssen 45000 Zentner Kartoffeln da sein, um die Wochenration von sieben Pfund in Köln verteilen zu können. Man vergegenwärtige sich, daß das bedeutet, daß wöchentlich 225 Eisenbahnwagen mit Kartoffeln in unsern Bahnhöfen eintreffen müssen, daß in jeder Woche diese 225 Wagen entladen und durch unsere sechs Lagerverwaltungen an die Verteilungsstellen gebracht werden müssen! Man stelle sich vor, daß wenn auf ein Fuhrwerk 30 Zentner Kartoffeln geladen werden können, allwöchentlich 1500 Fuhren in Köln gemacht werden müssen, um die karge Wochenration an Kartoffeln zu verteilen!

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß, trotzdem wir ein großes, landwirtschaftlich genutztes Areal in unserem Weichbild haben, selbstverständlich die aller-, allerintensivste Ausnutzung dieser Flächen auch nicht im entferntesten das notwendigste Nahrungs-mittelbedürfnis eines Gemeinwesens von 650000 Einwohnern aufzubringen imstande ist. Um die heutigen Rationen ausgeben zu können, gebrauchen wir wöchentlich allein 14000 Sack (Doppelzentner) Mehl und 45000 Zentner Kartoffeln. Das ganze **Jahres-**aufbringen unseres Stadtkreises nach dem festgestellten Ablieferungs-soll dieses Wirtschaftsjahres beträgt aber nur an Brotgetreide auf

1998 ha rund 23000 Doppelzentner und an Kartoffeln aus den 516 ha des Stadtgebietes rund 63000 Doppelzentner. Um 200 g Fleisch geben zu können, brauchen wir wöchentlich 140000 kg Fleisch, das sind, wenn, wie das bei dem derzeitigen Zustand des Viehes jetzt geschieht, 145 kg auf ein Rind gerechnet werden, fast 1000 Tiere. Unser ganzer Rindviehbestand in Köln beträgt nur 3400 Tiere, darunter 2100 Milchkühe. Von den 710 Tieren, die wir wöchentlich zur Verteilung von 200 g auf den Kopf nach dem amtlichen Verteilungsplan erhalten sollen, hat der Stadtkreis nach der, natürlich den Viehbestand berücksichtigenden, jetzigen Umlage 15, früher nur sechs, zu liefern. Sie werden auch restlos gestellt, können aber allein natürlich nicht das Bild trauriger Leere auf unserm Schlachthof verändern. Um die Kinder, Kranken, stillenden und hoffenden Frauen mit der kärglichen gesetzlichen Milchrations versehen zu können, brauchen wir täglich rund 68000 Liter Milch. Der Stadtbezirk bringt dagegen nur täglich rund 10000 Liter Milch auf. In Butter umgewandelt kommt das im Stadtbezirk aufkommende Quantum Milch noch nicht 2000 kg Butter gleich, während wir 100000 kg nötig haben, um die Wochenration von 160 g Fett austeilen zu können. Da wir aber nicht einmal unseren Frischmilchbedarf aus dem Stadtbezirk decken können, müssen wir außer der fehlenden Frischmilch wöchentlich auch noch die gesamten 100000 kg Fett aus anderen Bezirken zugeteilt erhalten, soweit sie nicht aus Auslandseinfuhr bestritten werden.

Nur dieser kurze Hinweis genügt, offensichtlich zu machen, wie wenig Köln für die Befriedigung seiner Nahrungsmittelbedürfnisse sich auf das eigene Stadtgebiet stützen kann.

Sie wissen, daß auch die Rheinprovinz, als Ganzes betrachtet, sich nicht aus sich selbst zu ernähren vermag.

Insbesondere ist der besetzte Teil der Rheinprovinz immer Bedarfsgebiet gewesen und auf ganz erhebliche Zuschüsse aus dem jetzt unbesetzten Teile Deutschlands angewiesen. Bezüglich der Hauptlebensmittel Brot und Kartoffeln liegen die Verhältnisse folgendermaßen:

Bei restloser Erfassung der ganzen aufkommenden Ernte im besetzten Gebiet und Ausgabe einer Tagesration von 260 g Mehl auf den Kopf der Bevölkerung, besteht nach dem Wirtschaftsplane der Reichsgetreidestelle für die besetzten Teile der Rheinprovinz noch ein aus den übrigen Teilen Deutschlands oder durch Einfuhr aus dem Auslande zu deckender Bedarf von 2000000 Doppelzentner

Brotgetreide bis zur nächsten Ernte. Für Kartoffeln besteht, ebenfalls unter der Voraussetzung der restlosen Erfassung der gesamten Ernte und bei Ausgabe von nur ein Pfund täglich an die Bevölkerung, ein im besetzten Gebiet der Provinz nicht zu deckender und deshalb von der Reichskartoffelstelle aus unbesetzten Teilen Deutschlands zu überweisender Bedarf von 17 Millionen Zentnern.

Der dichtbesiedelte Westen unseres deutschen Vaterlandes ist auf den landwirtschaftlichen Osten in der Lebensmittelversorgung angewiesen. Da aber die Gesamtproduktion Deutschlands den Bedarf nicht deckt, ergibt sich von selbst, daß von zentraler Stelle aus dafür gesorgt werden muß, daß ein Ausgleich zwischen Bedarfsgebieten und Überschußgebieten getroffen wird und daß ferner gesorgt werden muß, daß die im ganzen beschränkten zur Verfügung stehenden Mengen möglichst gleichmäßig auf alle verteilt werden können. Diese Gedankengänge führten zu der gebundenen Wirtschaft, wie wir sie heute haben und die aufzuheben auch die Reichsregierung so lange Bedenken trägt, als der Tiefstand unserer Valuta den Ankauf des zur Ergänzung unserer Produktion notwendigen Lebensmittelfehlbedarfs untunlich erscheinen läßt.

Lassen Sie uns das Wesen der öffentlichen Bewirtschaftung und ihre praktische Durchführung in unserer Verwaltung vergegenwärtigen. Am einfachsten ist es, wenn wir, zugleich historisch zurückblickend, uns erinnern, wie unsere Brotversorgung organisiert ist.

Das **Brot** ist uns Deutschen so sehr Hauptnahrungsmittel, daß wir unseren Nahrungsmittelbedarf mit unserem täglichen Brot identifizieren. Sie wissen, daß die Wissenschaft eingehende Untersuchungen darüber angestellt und Grundsätze dafür aufgestellt hat, was der normale Mensch nötig hat an Fett, an Eiweiß, an Kohlehydraten; daß die ärztliche Wissenschaft den Wert eines jeden Nahrungsmittels auf Wärmeeinheiten zurückführt und eine größere Anzahl dieser Wärmeeinheiten als lebensnotwendig hinstellt. Ich will darauf nicht weiter eingehen. Nur folgendes: Durch den Genuß von Brot und Mehl (einschließlich Gries und Teigwaren) deckte schon im Frieden der Deutsche seinen Eiweißbedarf zu ein Drittel, seinen Bedarf an Kohlehydraten etwa zur Hälfte und insgesamt die benötigte Wärmeeinheit fast zu ein Drittel. Wenn auch Kartoffeln und Zucker die Brotnahrung an Kohlehydraten, Milch, Fleisch und Fisch an Eiweiß ergänzen, so bleibt doch das Brot das Rückgrat auskömmlicher Volksnahrung. Seit Mitte der siebziger Jahre wurde im Deutschen Reiche infolge des starken Volkszuwachses bei kaum vermehrter

Anbaufläche, trotz verbesserter Wirtschaft, mehr Brotkorn verbraucht als erzeugt. In den letzten Friedensjahren wurden zwar aus dem hauptsächlich Roggen bauenden Osten etwa eine halbe Million Tonnen ausgeführt, dagegen benötigten wir der Einfuhr von etwa zwei Millionen Tonnen ausländischen Weizen. Das Verhältnis in den letzten Friedensjahren war so, daß von neun Deutschen acht von heimischen und einer von fremdländischem Korn lebten. Im ganzen waren wir aber doch noch abhängiger vom Ausland. Der Getreidebau war auf Kosten des heimischen Flachs- und Rapsbaues wie der Schafszucht ausgedehnt worden, wodurch wir für unsere Kleidung und unseren Ölbedarf stärker auf Leistungen fremdländischer Volkswirtschaft angewiesen waren. Unser starker Viehbestand, in dessen Magen übrigens schon im Frieden ein Sechstel der deutschen Brotfrucht wanderte, wurde größtenteils ernährt mit russischer Futtergerste und mit Erzeugnissen ausländischer Ölfrüchte. Von dem Viehstapel hing aber die Mistmenge und weiter wieder in hohem Grade die große Ergiebigkeit unserer Äcker an Getreide ab. Bei dem Mangel an ausländischen Kraftfuttermitteln im Kriege wurde die deutsche Brotfrucht natürlich in noch größerem Umfange als Viehfutter beansprucht. Bei der Knappheit an Reis und Hülsenfrüchten mußte das Brot nebst Gries und Teigwaren auch in der menschlichen Ernährung als Ersatz stärker herangezogen werden. Vor dem Kriege hatte der Einfuhrhandel bald von diesem bald von jenem Lande mit reichlicher Ernte uns Brotfrucht herangebracht und so den einheimischen Kornertrag ergänzt. Diese Möglichkeit zerstörte der englische Hungerkrieg. Daß wir den Krieg nicht durch Vorratsanhäufungen vorbereitet hatten, wurde bereits gesagt. Das Reich beschränkte sich nach Kriegsausbruch zunächst darauf, aus neutralen Ländern und aus den Antwerpener Lägern, dann später aus den besetzten russischen Gebieten und 1916 aus Rumänien Brotfrucht nach Deutschland einzuführen und im übrigen den Mehlvorrat zu strecken. Diese Streckung wurde erzielt durch das Verfütterungsverbot, durch stärkere Ausmahlung des Brotkorns (Oktober 1914 bei Weizen 75, bei Roggen 72 vom Hundert, Januar 1915 bei Roggen 82, bei Weizen 80 vom Hundert, ein Ausmahlungsverhältnis, das wir erst vom 16. Oktober ds. Js. wieder haben, nachdem wir bekanntlich lange Zeit sogar uns mit 94%iger Ausmahlung behelfen mußten), ferner durch Kartoffelzusatz zum Brotbacken und sonstige Backvorschriften. Aber bald schon mußte man einsehen, daß es sich nicht mehr darum handelte, die Brotversorgung für eine kurze Kriegs-

zeit, oder auch nur für das laufende Wirtschaftsjahr, zu sichern, im übrigen aber die deutsche Volkswirtschaft möglichst unverändert durch den Krieg zu bringen. Es galt für die Dauer eines längeren Krieges, der uns von aller Einfuhr abspernte, rücksichtslos neue Wege zu bahnen, auf denen das Brotkorn sicher vom deutschen Landwirt über Händler, Müller und Bäcker zwangsläufig als Brot zu 68 Millionen Essern wanderte. Die Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 über Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl machte ganze Arbeit. Ihr wesentlicher Inhalt läßt sich in folgenden Sätzen zusammenfassen:

Die gesamte deutsche Getreideernte wird allein für die Brotfürsorge bereitgestellt und zu diesem Zweck aus jedem Bezirk nach Anordnung einer Zentrale — der Reichsgetreidestelle — alles Korn herausgezogen, an die Mühlen verbracht, dort gelagert und in bestimmter Höhe ausgemahlen. Gemäß dem Ausfall der Ernte und der Zahl der Verbraucher setzt die Zentraleitung die tägliche Mehlmenge für jeden einzelnen fest. Die danach in den einzelnen Bezirken für bestimmte Zeit benötigte Mehlmenge müssen die Mühlen nach Anweisung der Zentrale dorthin liefern. Die Ortsbehörden geben entsprechend der Mehlmenge Brotmarken an ihre Bevölkerung aus und sorgen dafür, daß das erhaltene Mehl entsprechend an die Bäcker verteilt wird, die verpflichtet werden, nur gegen Brotmarken Brot abzugeben.

Für den Kommunalverband ergibt sich daraus folgende doppelte Tätigkeit:

Erstens hat er dafür zu sorgen, daß aus seinem Bezirk die nach der Umlage der Reichsgetreidestelle festgesetzte Menge Brotgetreide innerhalb der bestimmten Frist zur Verfügung der Reichsgetreidestelle gestellt wird. Auf Grund der alljährlich vom statistischen Amt veranlaßten Anbauflächenerhebung und der Ernteschätzung, die unsere, die Erfassung des Brotgetreides bearbeitende Abteilung für allgemeine Fragen der Versorgungsregelung einer Nachprüfung unterzieht, wird für jeden einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb eine Wirtschaftskarte aufgestellt, die alle für die Ablieferungspflicht des Landwirts in Frage kommenden Angaben enthält. Die Kommissionäre der Reichsgetreidestelle, die ihr als Ankäufer des Getreides dienen, reichen alle 14 Tage Durchschriften der Ablieferungsnachweisungen und der von ihnen den Landwirten erteilten Quittungen über die abgelieferte Getreidemenge ein. Die daraus ersichtlichen Zahlen werden auf die Wirtschaftskarte übertragen. Alsdann wird von Zeit

zu Zeit festgestellt, ob der Landwirt mit seinem Ablieferungssoll im Rückstande ist oder nicht. Ist er im Rückstande, so ergeht Aufforderung zur Ablieferung, der gegebenenfalls Strafverfahren und Früchtebeschlagnahme folgt.

Hat der Kommunalverband seine ihm von der Reichsgetreidestelle auferlegte Lieferungspflicht erfüllt, so ist die ihm bei der öffentlichen Bewirtschaftung des Brotgetreides zufallende Tätigkeit zunächst beendet. Die Kommissionäre der Reichsgetreidestelle liefern das Korn an die ihnen von der Reichsgetreidestelle bezeichneten Mühlen. Nuncmehr hat die Reichsgetreidestelle also, bei den Mühlen lagernd, den ganzen Ernteertrag zu ihrer Verfügung und kann das vermahlene Mehl aus den Mühlen an die einzelnen Verbrauchsgebiete disponieren. Es wird Sie übrigens interessieren, daß die Reichsgetreidestelle ihr Korn etwa zur Hälfte in Ostdeutschland, zu einem Drittel in Mitteldeutschland und nur zu einem Achtel in Westdeutschland erwirbt, daß dagegen, entsprechend dem Bedarf der einzelnen Verbrauchsgebiete, ein Viertel der Mehlmengen nach Ostdeutschland, ein Viertel nach Mitteldeutschland und die Hälfte nach Westdeutschland zu liefern ist. Somit muß die Reichsgetreidestelle ein Viertel ihrer ostdeutschen und ein Zehntel ihrer mitteldeutschen Einkäufe nach dem Westen verfrachten.

Auf dem Wege von der Ablieferung des Brotgetreides an den Kommissionär der Reichsgetreidestelle bis zum Verzehr des Brotes durch den Verbraucher wird der Kommunalverband mit dem Augenblick erst wieder in die Brotbewirtschaftung eingeschaltet, in dem ihm die Reichsgetreidestelle das vermahlene Mehl bei den Mühlen zur Verfügung stellt. Allmonatlich wird jedem Kommunalverband auf bezügliche Anforderung die seiner Volkszahl und dem Tageskopfbetrag, zurzeit 260 g, entsprechende Mehlmenge von der Reichsgetreidestelle, die übrigens mit den preußischen Kommunalverbänden nur durch das Landesgetreideamt verkehrt, zugewiesen. Mit dieser Mehlmenge hat der Kommunalverband jetzt zu wirtschaften. Hier setzt die Tätigkeit unserer Abteilung für Brotversorgung und der bei ihr nach den Vorschriften der Reichsgetreideordnung gebildeten Brotkommission ein. Das Mehl geht von den Mühlen an die Brotfabriken und Konsumgenossenschaftsbäckereien, im übrigen durch den Mehlgroßhandel an die Bäckereien nach Maßgabe der Bestellungen, die mit beklebten Markenbogen belegt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Sie wollen aus dem Wege, den das Brotkorn vom Landwirt macht, bis es als Mehl zum Bäcker kommt,

zweierlei entnehmen. Erstens: Der Kommunalverband Köln hat mit der Erfassung des Brotgetreides nur soweit etwas zu tun, als es sich um Produktion des eigenen Stadtgebietes handelt. Bei einer Konferenz beim Reichskommissar v. Starck in Koblenz machte kürzlich, als die Klage über die mangelnde Getreideablieferung und die für die Brotversorgung daraus resultierende schwere Gefahr verhandelt wurde, ein Kölner Herr den Vorschlag, Kölner Verbrauchervertreter möchten in die Lieferkreise gehen und sich mit den Landwirten über Ablieferung und Preise des Brotgetreides verständigen. Das ist natürlich unmöglich. Denn es gibt überhaupt keine nach Köln Korn lieferpflichtigen Verbände: alle Kommunalverbände sind der Reichsgetreidestelle gegenüber lieferungspflichtig. Und die Reichsgetreidestelle zahlt für die Ablieferung durch ihre Kommissionäre an die Landwirte die gesetzlich festliegenden Preise. Die Stadt Köln kann dabei gar nichts tun. Sie weiß gar nicht, woher, aus welchen Kommunalverbänden, ja aus welchen Provinzen das Mehl kommt, das ihr eines schönen Tages als bei den — leider auch oft sehr weit entfernten — Mühlen liegend, von der Reichsgetreidestelle überwiesen wird. Die Stadtverwaltung hat in der Getreideaufbringung mit den erzeugenden Landwirten nur soweit etwas zu schaffen, als es sich um die Landwirte unseres Stadtkreises Köln handelt. Deren Ablieferung hat, was nicht unerwähnt bleiben soll, bisher in keinem Jahr zu wünschen übrig gelassen.

Und zweitens: Sie werden verstehen, daß die Stadt auf die Beschaffenheit des Mehles gar keinen Einfluß hat. Wir müssen das Mehl so nehmen, wie wir es von den Mühlen bekommen. Die Klagen über schlechte Qualität des Brotes richten sich vielfach gegen die Bäcker; auch sie sind nicht schuld. Sie müssen das Mehl, das bisher zu 94% ausgemahlen war und für dessen Verbackung eine Backausbeute von 132% (beim Schwarzbrot) bzw. von 134% (beim Feinbrot) vorgeschrieben ist, nehmen, wie es ihnen die Stadt gibt, und die Stadt kann kein anderes Mehl liefern, als die Reichsgetreidestelle ihr zuweist. Und da in den letzten Jahren immer fühlbarer die Knappheit an Mehl gegen Ende des Wirtschaftsjahres, das im übrigen jetzt schon zum 15. August, früher zum 15. September, abläuft, sich besonders geltend macht, und die Reichsgetreidestelle dann die Bedarfsanmeldungen nur befriedigen kann, wenn sie alle Bestände restlos auskehrt, ist begreiflich, weshalb diese Klagen gerade gegen Ende des Wirtschaftsjahres sich stets wiederholen.

Über die derzeitige Lage der Brotversorgung hat Ihnen Herr Matzerath kürzlich Mitteilung gemacht. Der auf den Düngermangel zurückgeführte fortschreitende Rückgang der Ernteerträge wird verschärft durch den Verlust unserer ergiebigsten Getreidebezirke im Osten. Die Einfuhr von Auslandsgetreide bildet einen höchst zweifelhaften Posten in der Rechnung der Reichsgetreidestelle. Die Erfassung des Brotgetreides im Inlande stößt auf immer größere Schwierigkeiten.

Zwar hat auch die neue Reichsgetreideordnung, wie Sie wissen, die bisherige Zwangserfassung für Brotgetreide und Gerste aufrecht erhalten, aber der Ablieferungspflicht wird nur, wie wir noch heute morgen bei der Regierung hörten, in erschreckend unzureichendem Maße genügt.

Was die in der neuen Reichsgetreideordnung enthaltenen Neuerungen angeht, so interessiert Sie weniger, daß außer Lupinen auch Mais, Wicken und Hirse, alles für die Volksernährung weniger in Betracht kommende Früchte, vollkommen freigegeben sind, als die Bestimmung, daß Hafer, Buchweizen und Hülsenfrüchte nicht mehr beschlagnahmt sind, aber den Kommunalverbänden durch die Reichsgetreidestelle die Lieferung bestimmter Mengen von diesen Früchten aufgegeben ist, die die Reichsgetreidestelle zur Ausgabe von Hafernährmitteln und Hülsenfrüchten instand setzen sollen.

Hoffen wir, daß die Reichsstelle wirklich in den Tagen der kommenden Not uns Nahrungsmittel und Hülsenfrüchte zur Verteilung als Kartoffel- und Fleischersatz geben kann!

Zur Brotversorgung zurückkehrend ist festzustellen, daß sie am besten funktioniert von der ganzen Zwangswirtschaft.

Allein schon aus dem, was ich über die Brotversorgung gesagt habe, ersehen Sie, wie sehr die Betätigungsmöglichkeit des Kommunalverbandes Köln im Rahmen der Zwangswirtschaft eingeschränkt worden ist. Zu Beginn des Krieges noch stand unsere Tätigkeit unter dem Zeichen einer großzügigen selbständigen Vorratspolitik. Jetzt ist die Stadt, eingeeengt in starre Vorschriften, lediglich Verteilungsstelle des Reiches.

Und so steht's auch mit kleinen, durch die Sache gebotenen Abweichungen mit allen Hauptlebensmitteln. Der Schwerpunkt der Tätigkeit unserer sämtlichen kriegswirtschaftlichen Abteilungen liegt in der Durchführung der vom Reich vorgeschriebenen Verteilungsregelung, in der Sorge dafür, daß die uns vom Reich zugeteilten knappen Mengen, den Vorschriften entsprechend, gleichmäßig den Verbrauchern zukommen.

Als formelle Grundlage für die Verteilung und ihre Kontrolle schuf Herr Oberbürgermeister Adenauer 1916 das Kölner **Brot- und Warenbuch** mit dem Markensystem, das bis auf kleine Einzelheiten unverändert bis jetzt beibehalten wurde, von vielen Städten übernommen und in der Praxis bewährt. Das ganze System ist Ihnen bekannt. Nur ein paar Ziffern, die den gewaltigen Umfang des in der **Markenzentrale** zusammengeschlossenen Apparats verdeutlichen. Jedes halbe Jahr werden rund 400000 Brotbücher in 40 verschiedenen Sorten, sowie 600000 Milchkarten und sonstige Zusatzkarten gedruckt und durch 34, zu diesem Zwecke jedesmal besonders eingerichtete Ausgabestellen, sowie durch die zwölf Verwaltungsstellen an die Bevölkerung ausgegeben. Für die halbjährlich stattfindende Brotbuchausgabe sind jeweils 34 Leiter (Volksschullehrer) und 150 Hilfskräfte vier Wochen lang tätig. Es werden alle vier Wochen 80 Millionen Marken in 40 in Untergrund und Farbe verschiedenen Sorten gedruckt. 550 Markensorten sind durch Untergrund, Farbe oder Aufdruck voneinander zu unterscheiden. Die Warenmarken gelangen durch 500 Markenstellen, 12 Verwaltungsstellen, die Krankenabteilung, Wirtschaftsabteilung und die beiden Hafenverwaltungen (für Binnenschiffer) zur Ausgabe. Zur Kontrolle des Klein- und Großhandels mit rationierten Waren sind auf der Markenzentrale und den Verwaltungsstellen 11 Beamte und 420 Hilfskräfte (vor einem halben Jahre waren es noch 650) beschäftigt. Dazu kommen 200 Revisoren der Markenstellen, Lehrer und Lehrerinnen, die alle vier Wochen zum Zwecke der Markenausgabe in Tätigkeit treten. Die Gesamtkosten für den ganzen Apparat der Markenzentrale haben sich im verflossenen Jahre (1. Oktober 1918 bis 30. September 1919) auf rund 4 1/4 Millionen Mark belaufen. Diese ganz außerordentlich umständliche und kostspielige Einrichtung ist unserem Kölner System vielfach zum Vorwurf gemacht worden. Es ist bemängelt, daß sich der Verwaltung, dem Groß- und Kleinhandel und nicht zuletzt auch dem Verbraucher recht viel Arbeit, Lauferei und Unbequemlichkeit verursacht. Aber diese Schattenseiten und auch die ungeheuren Kosten werden aufgewogen durch die Sicherheit und Genauigkeit der Kontrolle des Nahrungsmittelverkehrs, durch die wir die Gleichmäßigkeit der Verteilung und den sparsamsten Verbrauch so gut gewährleistet glauben, wie es in einem Riesenbetriebe, der 650000 Verbraucher versorgen und mitsamt Tausende von Verkaufsstellen überwachen soll, nur menschenmöglich ist.

Grundsatz ist, daß Lebensmittel nur auf Marken zu erhalten sind, die Marken nur auf Grund des Buches. Die Marken, mögen sie auf die Versorgungswoche oder auf die vierwöchentliche Versorgungsperiode lauten, dienen den Verkaufsstellen als Belag für die rechtmäßige Abgabe, aber gleichzeitig auch als Ausweis für den Bezug der entsprechenden Warenmengen vom Großhandel oder von der Stadt. Damit ist gesichert, daß nur an die als Markeninhaber sich als bezugsberechtigt ausweisenden Personen Waren abgegeben werden, daß die bezugsberechtigten Personen nicht mehr als die für sie festgesetzte Menge der betreffenden Ware erhalten, und daß nicht mehr rationierte Waren in Verkehr gebracht werden, als der Gesamtmenge entspricht, für die Marken ausgegeben sind.

In weitgehender Weise ist der Handel, Groß- und Kleinhandel einschließlich der Konsumgenossenschaften und der einschlägigen Gewerbe in das Verteilungssystem eingeschaltet. Die Abteilung für Kleinverkauf, in deren Geschäftsbereich übrigens auch die in früheren Jahren organisierten Gemüsemärkte fielen, gehört der Vergangenheit an. Die im Krieg eingerichteten 55 städtischen Kleinverkaufsstellen sind auf Drängen der betreffenden Kleinhandelskreise nach Kriegsbeendigung aufgelöst; an ihre Stelle sind 60 vom Kleinhandel mit ausgesuchte Geschäfte getreten, in denen fortan Kinder- und Krankennahrung zu haben ist und ev. Sonderzuweisungen zur Verteilung kommen können. Ebenso sind die zur Unterstützung der Ehefrauen eingezogener Metzger seiner Zeit eingerichteten 78 Fettverkaufsstellen nach Rückkehr der Kriegsteilnehmer aufgelöst.

Kundenlisten, als Gegenmittel gegen das Reihenstehen seiner Zeit eingeführt, die früher auch für Fleisch, Fett und Kartoffeln bestanden, bestehen zur Zeit nur noch für Milch. Das Vorausbestellsystem, vorübergehend auch für andere Waren angewandt und gelegentlich bei knappen Vorräten noch weiter gehandhabt, ist nur noch bei Fleisch beibehalten.

Auf Einzelheiten einzugehen, kann ich mir versagen.

Die Markenkontrollen konnten etwas gelockert werden, als nach erfolgter Besetzung es schien, als wenn die Nachfrage nach Lebensmitteln durch die Einfuhr ausländischer Lebensmittel wieder ins Gleichgewicht mit dem Angebot gebracht werde. Die Hoffnung war verfrüht. Der Tiefstand unserer Valuta macht die ausländischen Lebensmittel, die durch die Stellungnahme der Besatzungsbehörden unkontrolliert und unrationiert hereinkommen, zu teuer. Auf strenge Wiederdurchführung des Markensystems bei den amtlich verteilten

Waren kann angesichts der schweren Sorgen, die uns dieser Winter bringt, nicht verzichtet werden. So lange die Zwangswirtschaft nun einmal besteht, muß das Markensystem durchgeführt werden.

Von der Brotversorgung habe ich gesprochen. Kurz einen Überblick über die übrigen Lebensmittel. Das Hauptnahrungsmittel neben Brot ist die **Kartoffel**.

Meine Damen und Herren! Ebenso, wie wohl allseitig anerkannt wird, daß die Brotversorgung in der Zwangswirtschaft im allgemeinen geklappt hat, ebenso einstimmig ist das Urteil, daß auf keinem anderen Gebiet der Zwangswirtschaft die Maßnahmen des Reiches so reichlich Anlaß zu berechtigter Kritik gegeben haben, wie bei der Kartoffel.

Woran liegt das? An zu geringer Kartoffelerzeugung?

Waren im Frieden vom deutschen Acker- und Gartenland 25% mit unserer Hauptbrotrfrucht, dem Roggen, bebaut, so beanspruchte die Kartoffel über 13%. Über 45 Millionen Tonnen Kartoffeln wurden in Deutschland vor dem Kriege produziert, davon die Hälfte in Ostdeutschland; wir hatten die größte Kartoffelerzeugung von allen Ländern der Welt. Die Kartoffel hat von jeher einen erheblichen Teil des Nahrungsbedarfs des deutschen Volkes gedeckt. Seit dem Kriege verzehren wir mehr Kartoffeln; die Kartoffel hat in vielen Fällen andere Nahrungsmittel ersetzen müssen. Reichlich ein Drittel der deutschen Kartoffelernte ist für die menschliche Ernährung Deutschlands nötig. Man sollte meinen, daß dies Drittel nun unschwer für die menschliche Ernährung bereitgestellt werden könnte; auch wenn die Kartoffel in umfangreichen Maße als Futtermittel Verwendung findet und für Saat und Brennereibedarf Abzüge gemacht werden. Es ist eigentlich nicht zu verstehen, daß es dem vielgerühmten deutschen Organisationstalent nicht gelungen ist, zu erreichen, daß in Jahren, in denen nicht eine ausgesprochene Mißernte vorlag, die überbescheidene Wochenration von sieben Pfund den Verbrauchern wirklich zugeführt werden konnte. Das Reich versuchte zunächst, das Problem durch Erlaß von Höchstpreisverordnungen zu lösen. Der Erfolg war, daß die Kartoffeln vom Markte verschwanden. Der Kartoffelhunger der Schweine wurde für das rätselhafte Verschwinden der Kartoffelvorräte verantwortlich gemacht. Eine gewaltsame Abschachtung der Schweine, dieser geborenen Fettträger, wurde zum Schutze der menschlichen Ernährung gefordert und durchgesetzt. Es half nichts. Schließlich 1916 kopierte man das Vorbild der Reichsgetreidestelle und schuf die Reichs-

kartoffelstelle, ordnete Bestandsaufnahme, Verfügungsbeschränkung, einheitliche Verbrauchsregelung an. Die Feststellung der Kartoffelvorräte, und zwar im Anschluß an die Ernte, soll als Grundlage für die Verteilung durch die Reichskartoffelstelle dienen. Träger der Versorgungs-, Lieferungs- und Abnahmepflicht sind die Kommunalverbände. Zwischen Reichsstelle und Kommunalverbänden werden als Vermittlungs- und Überwachungsstellen die einzelstaatlichen Landeskartoffelstellen und für den Umfang der preußischen Provinzen die Provinzialkartoffelstellen eingeschaltet: sie sollen die Bedarfsanmeldungen überprüfen, die Durchführung der den Überschußkommunalverbänden aufgegebenen Lieferungen überwachen und für einen sachgemäßen Ausgleich von Überschuß und Fehlbedarf innerhalb ihres Bezirks sorgen. Der Ausschluß des freien Handels ist nur ein teilweiser, denn die Kommunalverbände können bei der Durchführung ihrer Lieferungsauflagen, der Abnahme und Abgabe der Kartoffeln den Fachhandel mit seinen reichen Erfahrungen in der Behandlung dieser schwierigen Ware nicht entbehren. Wie der Lieferverband die Übersicht über die aus seinem Bezirk herausgehenden Kartoffelmengen behalten muß, so müssen die Bedarfsverbände den Herantransport kontrollieren, um die bei der Reichskartoffelstelle angemeldeten und abnahmepflichtigen Mengen auch an die Verbraucher zu bringen. Die Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung liegen in der außerordentlich leicht verderblichen Ware, deren Lagerungsfähigkeit gering ist, deren Haupterzeugungsgebiete fern von den Hauptverbrauchsgebieten liegen. Die Kartoffelbewegung drängt sich auf ganz kurze Zeit zusammen, um vor Einsetzen des Frostes die Wintereindeckung möglichst sicherzustellen. Die Inanspruchnahme des Landwirts mit anderen Arbeiten, hauptsächlich zur Sicherung des Brotgetreides, schlechte Witterung, späte Ernte, Transportnot, dienen alljährlich als Entschuldigungsgründe für Versagen der Kartoffelzufuhren im Herbst. So zur Katastrophe hindrängend sind aber in allen Kriegsjahren die Verhältnisse nicht gewesen wie in diesem Jahre! Konnten wir früher noch bis Weihnachten auf das Anrollen der Kartoffeln rechnen, so kam in diesem Jahre der Frost reichlich $1\frac{1}{2}$ Monat zu früh. Verfrachtet werden keine Kartoffeln mehr bis zum Frühjahr. Die Früchte sind größtenteils erfroren. Die Personenverkehrssperre kam zu spät, sie kann für den Kartoffeltransport nichts nützen. Die Kartoffelversorgung und damit unsere Gesamternährung ist aufs schwerste gefährdet.

Die Aufgaben unseres Kartoffelamtes ergeben sich aus dem Vor-
erwähnten von selbst.

Die Erfassung der Erzeugung des eigenen Kreises ist das
wenigste.

Bei der Reichskartoffelstelle folgt das Bemühen, als gutliefernd
allmählich bekannte Überschußbezirke als Lieferverbände zugeteilt
zu erhalten. Dazu folgendes:

Der Verteilungsplan der Reichskartoffelstelle krankte im ersten
Jahr, 1915/16, an dem erheblichen Mangel, daß er überflüssige Trans-
porte der Kartoffeln nicht ausschloß. Dies Spazierenfahren hat auf-
gehört, und grundsätzlich wird der Bedarf einer Provinz zunächst aus
der eigenen Ernte gedeckt. Soweit diese Ernte nicht reicht — dieses
ist insbesondere auch im Rheinland der Fall — werden Überschuß-
provinzen zur Lieferung mit herangezogen. Wie sehr das Rhein-
land auf solche Überschußprovinzen angewiesen ist, erwähnte ich
bereits. Der Bedarf der Stadt Köln allein beträgt 2,5 Millionen
Zentner, von denen ein Viertel aus dem Rheinland entnommen
werden soll, während drei Viertel aus andern Gebieten, insbesondere
Hannover, Mecklenburg, Pommern und Sachsen, entnommen werden
müssen. Die Bemühungen der Stadt Köln sind seit jeher darauf
gerichtet, möglichst große Mengen aus der Rheinprovinz selbst
zugewiesen zu erhalten und im übrigen solche Gebiete als Liefer-
stellen zu gewinnen, bei denen infolge straffer Organisation der
Erfassung auf Erfüllung der Lieferpflicht zu rechnen ist. Bei der
Unterverteilung werden die Provinzialstellen von hier aus und durch
persönliche Fühlungnahme dahin bearbeitet, daß sie der Stadt Köln
möglichst „gute“ Kreise zuweisen, das heißt, solche Kreise, von
denen man annehmen kann, daß sie Kartoffeln von guter Beschaffen-
heit liefern werden, daß sie keine Mißernte haben, daß die Land-
wirte lieferwillig sind usw. Die Kreise selbst werden eingehend
bearbeitet: persönliche Fühlungnahme mit den Landräten, den
Kreiskartoffelstellen und den Kommissionären, Provisionszusagen an
diese, Entsendung von Abnahmevertretern und andere Mittel
sollen dazu dienen, daß die Stadt Köln gegenüber andern Bedarfs-
stellen nicht benachteiligt wird. Wenn trotz aller dieser Maßnahmen
und obwohl das Kartoffelamt alle Erfahrungen früherer Jahre,
sowie alle in diesen Jahren gewonnenen persönlichen Beziehungen
sich nutzbar zu machen versucht, das Ergebnis nicht immer den
Erwartungen entspricht, und wenn gerade in diesem Jahre die
Leistungen der Kreise weit hinter dem zurückbleiben, was für die

Versorgung der Bevölkerung unbedingt geleistet werden müßte, so liegt das an den Verhältnissen, die stärker sind, als alle jene Bemühungen.

Zunächst macht sich der Ausfall des Posener Gebietes und von Teilen der Provinz Westpreußen außerordentlich stark fühlbar. Ein Viertel der gesamten Kartoffelproduktion, ein Drittel des lieferfähigen Überschusses ist dadurch in Fortfall gekommen. Die Notwendigkeit, die fehlenden Mengen auf andere Gebiete umzulegen, hat dazu geführt, daß alle Provinzen usw. stark überlastet sind, so daß sie, zumal die Ernte den ursprünglich an sie gestellten Erwartungen nicht entspricht, ihrer Lieferungsauflage bei weitem nicht nachkommen können.

Ungünstig beeinflußt wird die restlose Erfassung der Kartoffeln in den Überschußkreisen auch durch das in diesem Jahre in erweitertem Umfange zugelassene Bezugsscheinverfahren, das eine höchst unheilvolle Durchbrechung des Systems der Zwangswirtschaft darstellt und in bester Weise einer Förderung des ohnehin so sehr verbreiteten Schleichhandels dient. Die Lieferkreise werden von berechtigten und unberechtigten Inhabern von Bezugsscheinen überschwemmt, und es werden aus ihnen Kartoffeln in übergroßen Mengen herausgeholt, ohne daß die Möglichkeit einer wirksamen Kontrolle gegeben wäre. Die Folge hiervon ist, daß viele Lieferkreise nun erst recht nicht im entferntesten in der Lage sind, den ihnen auferlegten Verpflichtungen gegenüber den Bedarfsverbänden nachzukommen.

Eine weitere erhebliche Beeinträchtigung erlitt die Kartoffelversorgung durch den übermäßigen Saatgutverkehr. Nur ein kleiner Teil der als Saatgutkartoffeln verkauften Mengen wird wirklich zum Anbau verwandt, der weitaus größte Teil soll als Speisekartoffeln dienen und wird nur als Saatgutkartoffeln verkauft wegen des für solche bestimmten höheren Preises. Die Reichsstelle hat inzwischen den Saatgutversand und die Belieferung der Kartoffelverarbeitungsindustrien in den wichtigsten Lieferkreisen bis ans Ende des Jahres gesperrt.

Hinzu kommt, daß den Landwirten der bisherige Höchstpreis — 7 bis 8 M. — im Hinblick auf die erhöhten Produktionskosten und die ständig fortschreitende Entwertung des Geldes nicht genügte, so daß hochgradige Lieferungsunwilligkeit die Verladungen störend beeinflusste. Soweit diese Störungen durch Zusicherung höherer Preise beseitigt werden konnten, hinderte der furchtbare Mangel an Wagen und Lokomotiven den Abtransport der Kartoffeln während

der Erntezeit, so daß große Mengen Kartoffeln eingekellert bzw. eingemietet wurden, die erst im Frühjahr zur Lieferung kommen, wenn sie alsdann noch vorhanden, das heißt, nicht verfault, verfüttert, oder im Schleichhandel usw. verschwunden sind. Allzu spät entschloß sich das Reich zu der nunmehr erfolgten Heraufsetzung des Höchstpreises. Sie kam ebenso zu spät wie auch die Einstellung des Personenverkehrs. Der Frost hat die letzte Hoffnung auf eine Besserung der Zufuhren vernichtet. Waggongestellung nutzt nichts mehr, die Kartoffel verträgt keinen Transport mehr, sie ist in großen Mengen erfroren. Allzu spät hat das Reich auch mit dem Ankauf ausländischer Kartoffeln begonnen, die bei dem augenblicklichen Stand der Mark zudem außerordentlich teuer sein werden.

Der Stand der städtischen Kartoffelversorgung ist überaus schlecht. Der geringe Kellervorrat schwindet von Tag zu Tag und nur einem kleinen Teil der Bevölkerung ist es gelungen, sich mittels des Bezugsscheinverfahrens zu versorgen. Der Weiterentwicklung der Dinge in dem kommenden Winter, in dem Köln monatelang von Transporten abgeschnitten ist, muß mit der größten Besorgnis entgegengesehen werden. Hoffentlich gelingt es, holländische Kartoffeln hereinzubekommen.

Über den Kartoffelpreis und die vielkritisierten hohen Unkosten, die ihn bedingen, über Transportverlust und Lagerschwund hat das Nachrichtenamt noch vor einigen Tagen eine eingehende Erläuterung durch die Presse verbreitet. Ich will deshalb nicht weiter darauf eingehen, zumal Herr Matzerath Ihnen ausführlich darüber in der Stadtverordneten-Versammlung berichtet hat.

Eine Klage, die immer wiederkehrt, ist die über die schlechte Beschaffenheit der Kartoffeln. Sie war im Frieden weit besser: der Händler kaufte nur sortierte Speisekartoffeln, während jetzt unter dem Zwang der Verhältnisse unsortierte Ware, auch sogenannte Fabrikkartoffeln genommen werden müssen. Eine Mängelrüge gibt's in der ganzen Kriegswirtschaft nicht: wird die Qualität beanstandet, so bekommt man überhaupt keine Ware. Der Friedenshändler brauchte offene Waggons nicht zu nehmen, während jetzt überwiegend derartige Wagen gestellt werden. Eine Folge der schlechten Beschaffenheit ist es, daß mancher Waggon in einem für menschliche Ernährung unverwertbarem Zustand hier eintrifft, und daß der Verlust bei den auf Lager genommenen nicht unerheblich ist. Auch dieser Lagerverlust ist von jeher ein Stein des Ärgernisses. Er ist in Köln nicht höher wie anderswo; aber wenn er auch die nach den Er-

fahrungen anderer Städte als „normal“ zu bezeichnende Höhe von 10% im Laufe eines Winters nicht übersteigt, so ist er doch ärgerlich und betrübend genug. Um den Verlust möglichst niedrig zu halten, hat das Kartoffelamt umfangreiche Lagereinrichtungen mit großem Kostenaufwand bereitgestellt, die als vorbildlich gelten können, wie zum Beispiel die Kellerräume der Alteburger Brauerei, das Kavalier IX am Vorgebirgswall und die Mieten in Köln-Braunsfeld in der Nähe des städtischen Brikettbahnhofs. Ihre Besichtigung durch die Damen und Herren ist, wie ich höre, in Aussicht genommen. —

Ich darf zur **Fleischversorgung** weitergehen. In der vorletzten Stadtverordneten-Sitzung habe ich dazu schon einige Ausführungen gemacht, die ich ergänzen möchte.

Deutschland ging in den Krieg hinein mit einem Viehbestand von fast 21 Millionen Rindern und über 25 Millionen Schweinen. Wie er zusammengeschmolzen ist, war noch vor einigen Tagen in der hiesigen Presse näher dargestellt. Solange der Handel das Vieh frei kaufte und den Schlachtorten zutrieb, kam als Kriegsmaßnahme nur die kommunale Vorratspolitik, die Anhäufung großer Reserven, zumal in den Festungen wie Köln, in Frage. Als aber der durch die drohende Kartoffelknappheit veranlaßte Schweinemord des Jahres 1915 den vermehrten Eingriff in die Rindviehbestände zur natürlichen Folge hatte, Futtermangel und Preisgestaltung außerdem noch das vermehrte Abschachten des Rindviehes begünstigte, da trat zur Sicherung des Fleischbedarfs, für Zivil sowohl wie für das stark fleischverbrauchende Militär, Ende März 1916 die Reichsfleischstelle ins Leben, deren Organisation im wesentlichen nach dem bewährten Muster der Reichsgetreidestelle nachgebildet ist. Seitdem sind die Kommunalverbände in der Fleischversorgung: einmal die Abnahmestellen für das durch staatliche Organe ihnen zugewiesene Schlachtvieh, und zum zweiten die Verteilungsstelle, die nach Maßgabe der reichsgesetzlich ausgestalteten Reichsfleischkarte den Verbrauch des aus dem Schlachtvieh gewonnenen Fleisches zu regeln haben.

Den Kommunalverbänden wird vierteljährlich durch die Reichsfleischstelle, deren Organe in Preußen das Landesfleischamt und in den einzelnen Provinzen die Provinzialfleischstellen sind, eine bestimmte Anzahl von Schlachtungen zugewiesen. Das dazu erforderliche Vieh erhalten sie, oder **sollen** sie wenigstens erhalten, von den staatlich bestellten Ankaufsstellen, den unter der Bezeichnung „Viehhandelsverbände“ organisierten, staatlich geleiteten Händler-syndikaten, die meist mit den Provinzialfleischstellen, welche letztere

die Verteilung des aufgebrachten Viehes auf die einzelnen Kommunalverbände regeln, verbunden sind; Viehhandelsverband und Provinzialfleischstelle für die Rheinprovinz befinden sich ausnahmsweise einmal in Köln, nicht wie Provinzialkartoffelstelle und Provinzialfettstelle am Sitze des Oberpräsidiums. Der Viehhandelsverband kauft die Tiere bei den Landwirten durch seine Kommissionäre auf, ihm steht nötigenfalls das Enteignungsrecht zu. Jeder Viehhandelsverband hat in seinem Bezirk bestimmte Mengen an Vieh aufzubringen, die er seinerseits auf die einzelnen Kommunalverbände umlegt. Soz. B. hat der Stadtkreis Köln, wie bereits erwähnt, zurzeit 15 Rinder wöchentlich aufzubringen. Die Viehaufbringung erfolgt gegenwärtig außerordentlich schleppend und unzureichend, und die Not an Schlachtvieh will in den großen Städten kein Ende nehmen. Gewiß, der Viehbestand ist dezimiert. Aber das ist nicht der Hauptgrund des Versagens der Fleischzwangswirtschaft. Die meisten und besten Tiere verschwinden im Schleichhandel; daher die Erscheinung, daß in den Überschußkreisen vielfach Fleisch in Fülle ohne Marken zu erlangen ist, während namentlich die minderbemittelte Bevölkerung in den Großstädten ohne Frischfleisch bleibt.

Zur Lieferung nach Köln sind, wie ich in der vorletzten Stadtverordneten-Versammlung bereits ausführen durfte, für die laufende dreimonatliche Lieferungsperiode verpflichtet die Viehhandelsverbände Bayern und Württemberg und einige rheinische Kreise (Wetzlar, Adenau, Simmern, St. Goar, Zell). Diese Lieferkreise haben zusammen wöchentlich 290 Rinder zu liefern. Das wöchentliche Gesamtsohl der Stadt beträgt 710 Rinder. Der Rest wird in Gefrierfleisch und Konserven geliefert. Aber auch das so erheblich verminderte Soll an Lebendvieh wird leider nur selten erreicht. Daß es da unserer Fleischabteilung schwer fällt, die für Großstädte festgesetzte Ration von 200 g Fleisch zu verteilen, ist erklärlich. Die Schlachtung des lebenden Viehes erfolgt zumeist durch die Gemeinde, und bei reiner Regieschlachtung ergibt sich von selbst das Bedürfnis nach städtischer Zentralwursterei. Das Lebendvieh, welches zur Lieferung nach Köln kommt, wird in geschlossenen Güterzügen nach dem Viehhof Köln-Ehrenfeld geleitet; dort werden die Tiere nach Ankunft verwogen und im Auftrage der Stadt geschlachtet. Das Fleisch wird zur laufenden Wochenausgabe verwendet, oder aber, wenn die Mengen zu gering sind, im Kühlhaus oder Gefrierraum angesammelt und bewahrt. Zurzeit werden fast nur Rinder und Schafe geliefert, Kälber und Schweine bekommen wir

nicht mehr zu sehen. Sie verschwinden wohl, soweit sie vorhanden sind, im Schleichhandel der Überschußgebiete. Das Rindfleisch wird vertrieben durch die Ochsenmetzger. In Köln besteht von jeher eine Trennung nach Ochsen- und Schweinemetzgern. Da die Ochsenmetzger erheblich zahlreicher sind als die Schweinemetzger, so ist im Verlaufe des Krieges die Verteilung der zehn Marken, die der einzelne Verbraucher besitzt, so vorgenommen worden, daß sechs Marken mit 120 g durch den Ochsen-, vier Marken mit 80 g durch den Schweinemetzger beliefert werden. Der Ochsenmetzger vertreibt, wie bereits bemerkt, das Rindfleisch, der Schweinemetzger Wurst. Dieser Grundsatz hat Jahre lang durchgeführt werden können. Aber seit Ende vorigen Jahres lebt die Kölner Bevölkerung bei der Fleischversorgung gänzlich von der Hand in den Mund. Die Verwaltung weiß kaum einmal auch nur auf zwei Wochen hinaus bestimmt, was sie an Fleisch geben wird. Bei dem Stocken in der Zusendung von Schlachtvieh muß die Wursterzeugung von selbst ausscheiden, weil Wurst nur aus den Abfällen des Frischviehes (Herzen, Nieren, Leber, Köpfe, Därme usw.) hergestellt werden kann. Seitens der Verwaltung werden fortwährend bei den zuständigen Behörden Vorstellungen erhoben, um eine bessere Belieferung mit Schlachtvieh herbeizuführen, durchweg jedoch ohne besonderen Erfolg. Bei dieser Unsicherheit in der Belieferung hat sich als notwendig herausgestellt, von Woche zu Woche den Fleischverteilungsplan bekanntzugeben. Um einigermaßen zurechtzukommen, ließ sich die Verwaltung besonders angelegen sein, von den Reichsstellen Gefrierfleisch und Corned beef zu erhalten. Unter Heranziehung von Corned beef ist es bisher auch beim Ausbleiben von Schlachtvieh möglich gewesen, die Fleischversorgung von 200 g (pro Kopf und Woche) durchzuhalten.

Wie Sie wissen, hat jeder Erwachsene zehn Fleischmarken zu 20 g an seiner Karte, jedes Kind fünf Marken. Allwöchentlich Mittwochs und Donnerstags bestellen die Verbraucher bei einem von ihnen gewählten Ochsen- und Schweinemetzger die Fleischportion für die mit dem nächsten Montag beginnende Woche. Die Marken werden dem Metzger ausgehändigt, der den Verbrauchern dafür einen Empfangsschein nach Vordruck ausstellt. Die Metzger kleben die vereinnahmten Marken auf und reichen sie Montags der Markenzentrale ein. Diese übersendet eine Liste an die Schlachthöfe Ehrenfeld, -Kalk und Mülheim, in der die Metzger mit den ihnen zustehenden Posten aufgeführt sind. Mittwochs und Donnerstags

werden die Metzger mit den bei ihnen bestellten Portionen beliefert und bringen sie Freitags und Samstags zum Verkauf. Das Bestellungssystem hat im Laufe der Jahre die Belieferung der Kölner Bevölkerung gewährleistet. Seit Mitte dieses Jahres ist von der Führung einer besonderen Kundenliste Abstand genommen worden.

Die Bewirtschaftung von **Speisefett** steht im engsten Zusammenhang mit derjenigen von Milch. Im Frieden wurde die Hälfte des Gesamtbedarfs an Speisefetten durch die einheimische Butterversorgung gedeckt. Die einheimische Milchwirtschaft bildete im Kriege erst recht den Grundstock, zeitweise die fast ausschließliche Quelle unserer Fettversorgung. Ihre Ergänzung fand sie ehemals in der einheimischen Schweinehaltung. Von den rund 25 Millionen Schweinen, die sich bekanntlich sehr rasch vermehren, wurden im Frieden rund 24 Millionen geschlachtet und ergaben pro Tier eine durchschnittliche Ausbeute von $7\frac{1}{2}$ kg reinem Schweinefett. Zu der inländischen Erzeugung trat im Frieden eine Einfuhr, die sich in Butter auf etwa ein Siebtel des Gesamtbutterverbrauchs erstreckte. Dazu kam die ja für uns und das rheinisch-westfälische Industriegebiet auch im Kriege immerhin eine Rolle spielende Frischmilch-Einfuhr namentlich aus Holland und eine recht beträchtliche Einfuhr von Schweineschmalz. Die Herstellung von Margarine beruhte fast ausschließlich auf eingeführten Rohstoffen, die in Deutschland unter Verwendung von Milch verarbeitet wurden. So war's im Frieden. Nach Wegfall der Einfuhr ging das Bestreben dahin, eine gleichmäßige Fettversorgung aus der eigenen Landeserzeugung sicherzustellen. Infolge des Rückganges der Schweinebestände und der außerordentlichen Verringerung der Margarinegewinnung im Kriege, blieb für die Aufgabe, den deutschen Fettbedarf zu decken, nahezu nur die einheimische Milchviehwirtschaft übrig. Nach den von der Zentralstelle, das ist die Reichsstelle für Speisefette, ergehenden Anordnungen und Grundsätzen haben die Kommunalverbände in ihrem Bezirk die Milch- und Buttererzeugung zu ermitteln und sicherzustellen. Der rationierte Bedarf der Bevölkerung jedes Kommunalverbandes soll zunächst zur Befriedigung der eigenen Bevölkerung dienen; der verbleibende Überschuß muß der übergeordneten Stelle zur Verfügung gestellt werden, der durch die eigene Erzeugung ungedeckter Bedarf angemeldet werden. Die übergeordnete Stelle bewirkt den Ausgleich zwischen Überschuß und Bedarf und die Reichsstelle übernimmt den Ausgleich unter den Bundesstaaten.

Allmonatlich erfolgt für jeden Kommunalverband eine Veranlagung, und sie findet ihren Ausdruck in den Verteilungsplänen der Reichsstelle. Die Reichsstelle setzt die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Verbrauchsmenge an Speisefett fest.

Die Aufstellung der Verteilungspläne erfolgt so, daß ausgegangen wird von der Gesamterzeugung der Milch, die in jedem Kommunalbezirk aufkommt. Diese Milchmenge vermehrt oder vermindert sich um diejenigen Mengen, die auf Grund besonderer Anordnungen oder bestehender Milchlieferungsbeziehungen (grundsätzlich sollen nach Verordnung der Reichsstelle alle Milchhandelsbeziehungen so gewahrt bleiben, wie sie schon vor dem 1. August 1916 bestanden) über die Grenzen des Kommunalverbandes ein- und ausgeführt werden. Von der so festgestellten Milchmenge, also Selbsterzeugung und Einfuhr aus anderen Kommunalverbänden, geht der in erster Linie zu befriedigende Milchbedarf der Milchversorgungsberechtigten ab. Dieser Milchbedarf der Versorgungsberechtigten ist einheitlich durch Anordnung der Reichsstelle festgelegt, und zwar so, daß sowohl der Kreis der Berechtigten (Kinder bis zu sechs Jahren, werdende Mütter in den letzten drei Monaten vor der Niederkunft, stillende Mütter und Kranke) als auch die auf sie entfallende tägliche Höchstmenge reichsrechtlich geregelt sind. Die nach Abzug dieses gesetzlichen Milchnotbedarfs verbleibende Milch ist der Verbutterung zuzuführen. Da der Speisefettbedarf, wie erwähnt, ebenfalls durch allgemeine Vorschriften begrenzt ist, ergibt der Vergleich des danach berechneten Gesamthöchstverbrauchs mit der nach der Veranlagung erreichbaren Butterausbeute den Fehlbedarf oder Überschuß des Kommunalverbandes. Die in Köln gewonnene und hierhin nach den Milchlieferungsbeziehungen, wie sie am 1. August 1916 bestanden und aufrechterhalten werden, eingeführte Milch, deckt natürlich zurzeit überhaupt nicht den gesetzlichen Frischmilchbedarf von zurzeit täglich 68 327 l, geschweige denn, daß in Gestalt von Butter aus dieser Milch etwas für den Fettbedarf der Stadt übrig blieb. Die Fettmengen, die uns hiernach zustehen — der Fettfehlbedarf Kölns ist unter Zugrundelegung einer Wochenration von 100 g für den Monat November auf 285 270 kg festgestellt — erhalten wir also nach Verfügung der übergeordneten Stelle, das ist die Provinzialfettstelle in Coblenz, durch Vermittlung der Bezirksfettstelle, von anderer Seite zugeteilt. Bei diesen Überweisungen spielt inländische Butter nur eine ganz untergeordnete Rolle. Während des ganzen Krieges bildete die Margarine, die sich infolge der Herstellung in

wenigen Fabriken und ihrer dadurch gegebenen leichten Verfügbarkeit für die Heranziehung zur behördlichen Zuteilung an die Bedarfsgebiete besonders eignet, mehr als die Hälfte der im Monat von der Reichsstelle verteilten Speisefettmengen. Außer Butter und Margarine wird Schmalz und Öl, letzteres jetzt nachdem der Kohlenmangel die Margarinefabriken zeitweise zur Verarbeitung außerstande gesetzt hat, in erhöhtem Maße zur Verteilung kommen. Zurzeit werden große Mengen an Fett auch vom Reich im Ausland beschafft, insbesondere auch ausländisches Schweineschmalz.

Für die Aufbringung des Fettes untersteht der Reichsfettstelle für Preußen die Landesfettstelle; dieser wiederum in den einzelnen Provinzen die Provinzialfettstellen; in den Regierungsbezirken die Bezirksfettstelle, in den Kreisen die Kreisfettstellen. Unsere Kreisfettstelle ist die Abteilung für Fett. Sie übernimmt die zugewiesenen Fettmengen, lagert sie sachgemäß und verteilt sie. Sie bemüht sich auch durch die Ausnutzung der im besetzten Gebiete gegebenen Ankaufsmöglichkeit (grundsätzlich hat allerdings nach wie vor das Reich allein die Berechtigung, im Ausland Fett zu kaufen), die offizielle Ration durch eigene Ankäufe der Stadt zu ergänzen.

Allmonatlich teilt die Provinzialfettstelle der Stadt Köln mit, wieviel Fett sie für den betreffenden Monat als Zuschuß erhält. Lange Monate konnten wir in Köln 210 g Fett zur Verteilung bringen. Dann haben wir Wochen hindurch 60 g Butter und 100 g Margarine, insgesamt also 160 g ausgeben können. Infolge Stockens der Margarinefabriken und allmählicher Aufzehrung der eigenen im Auslande angekauften Fettmengen mußte eine Herabsetzung erfolgen. Das Reich stellt zurzeit nur 100 g pro Kopf und Woche zur Verfügung. Wenn wir eine höhere Ration ausgeben können, so beruht das auf eigenen Auslandsankäufen.

Die Qualität der von den Reichsbehörden gelieferten Fettwaren läßt vielfach zu wünschen übrig: inländische Butter ist überhaupt nicht mehr geliefert worden. Die zur Ausgabe gelangende Butter ist ausschließlich stadtseitig beschaffte Auslandsware. Die inländische Margarine enthält mindestens 20% Wasser. Die zu ihrer Fabrikation verwandten Rohstoffe scheinen nicht erster Qualität zu sein. Die von der Kölner Bezirksfettstelle gelieferte und von der Stadt freihändig angekaufte Auslands margarine wird dagegen von der Bevölkerung gerne genommen, da es sich um gute, wasserfreie Ware handelt. Aber der Preis dieser Ware ist ziemlich hoch. Das zur Ausgabe kommende Schweineschmalz stammt auch aus freien

Ankäufen der Stadt. Die Stadt war bisher noch in der glücklichen Lage, das Schmalz zu ganz erheblich unter den im freien Handel geforderten bleibenden Preisen abzugeben, da die Ware, die leider jetzt zur Neige geht, zu einer Zeit angekauft war, als unsere Mark bedeutend höher stand als jetzt. Das in letzter Zeit der Stadt Köln amtlich zugeteilte Öl ist auch teure Auslandsware. So lange sich unsere Valuta nicht bessert, werden billigere Fette nicht auf den Markt kommen.

Die Verteilung des rationierten Fettes erfolgt in Köln durch den ansässigen Kleinhandel, und zwar ist der Verkauf der Butter und des Schmalzes den Butterspezialgeschäften allein vorbehalten. Margarine und Öl verkaufen sie in Konkurrenz mit den Kolonialwaren-Kleinhändlern.

Die Fettversorgung der Kölner Bevölkerung hat trotz der großen Schwierigkeiten kaum jemals Stockungen gekannt. Infolge des Vertrauens der Bevölkerung, daß sie die ihr zustehende Fettration unter allen Umständen erhält, konnte vom Bestellsystem und von Kundenliste schon vor einer Reihe von Monaten Abstand genommen werden, ohne daß es zu einem Reihensetzen deshalb kam. —

Leider sieht es trotz Kundenliste weniger gut aus bei dem wichtigen Nahrungsmittel, dem ich einige weitere Worte widmen möchte, der **Milch**.

Das System der Milchbewirtschaftung zeigt ein etwas anderes Bild, wie wir es bei den übrigen Nahrungsmitteln kennen lernten. Das Reich bekümmerte sich bis in den Herbst 1916 im wesentlichen nur insoweit um die Erfassung der Milch, als sich dem Markte dadurch Butter zuführen ließ. Erst die Milchknappheit der Großstädte zwang zum Einschreiten, nachdem die Fleischversorgung in die Milchviehbestände unerträglich eingriff und die Ertragsfähigkeit des Milchviehes durch das vorzugsweise Wegschlachten der Jungtiere von Jahr zu Jahr verminderte. Aber auch die vom Reich 1916 und dann durch die jetzt noch maßgebende am 3. November 1917 getroffene Regelung griff nicht radikal durch, so daß der schon von Frieden her bekannte Ruf nach einem Reichsmilchgesetz nicht verstummt. Ich wies darauf hin, daß nach reichsgesetzlicher Bestimmung grundsätzlich alle Milchlieferungsbeziehungen, die am 1. August 1916 bestanden haben, zwingend aufrechterhalten blieben. Die Milch wurde vom Frieden her durch den freien Handel den Verbrauchern zugeführt. Das allgemeine Kennzeichen des Milchhandels schon in Friedenszeiten war aber äußerste Zersplitterung, Unwirtschaft-

lichkeit und vielfach empfindliche Vernachlässigung der Anforderungen der Volksgesundheit. Während man in Süddeutschland während des Krieges geschlossene Lieferungsgebiete gebildet hatte, blieb es in Preußen dabei, daß die Großstädte in gegenseitigem Wettbewerb die benötigte Frischmilch, die natürlich das eigene Stadtgebiet nicht aufbringen konnte, nicht nur aus demselben Lieferungsgebiet, sondern aus derselben Gemeinde, ja sogar von derselben Milchwirtschaft beziehen, je nachdem zufällig am 1. August 1916 die Handelsbeziehungen bestanden hatten, die nach der bekannten Vorschrift weiter verewigt wurden.

Was den Stadtbezirk Köln angeht, so bleibt erklärlicherweise die hier erzeugte Milch auch restlos in Köln. Aber sie bildet nur einen geringen Bruchteil (je nach der Jahreszeit etwas mehr oder weniger als $\frac{1}{6}$) unseres gesetzlichen Gesamtmilchnotbedarfs. Schon im Frieden kam die Milch aus fremden Kommunalbezirken. So war es auch an dem auch heute noch gültigen Stichtag, dem 1. August 1916.

Die erste Aufgabe der städtischen Milchabteilung ist natürlich die Fürsorge, daß die im Stadtbezirk auftommende Milch nun auch restlos für die Versorgung der Versorgungsberechtigten, also der Kinder, hoffenden und stillenden Mütter und Kranken, zur Verfügung gestellt wird. Zur Kontrolle des Milchaufkommens im Stadtbezirk wurde 1917 unter Zuhilfenahme von 36 Ortsausschüssen ein Kuhkataster eingerichtet, und im Zusammenhang mit ihm werden regelmäßige Stallkontrollen vorgenommen. Bleibt der Milchertrag hinter den berechtigten Anforderungen erheblich zurück, so erfolgt verschärfte Nachprüfung, gegebenenfalls Probemelken. Stellt sich heraus, daß die Ablieferung mit der festgesetzten Solllieferung nicht im richtigen Verhältnis steht, so wird nach vorhergehender Verwarnung die Angelegenheit der Polizeiinspektion zur weiteren Verfolgung übergeben. Für die erfolgreiche Tätigkeit des Kuhkatasters spricht die Tatsache, daß Milchhinterziehungen in größerem Umfange im Stadtbezirk nur noch selten vorkommen. Seit Anfang 1918 arbeitet das Kuhkataster in Verbindung mit einem Viehkataster. Den Rindviehhaltern im Stadtbezirk ist zur Pflicht gemacht, jede Veränderung in ihren Rindviehbeständen binnen 24 Stunden der städtischen Milchabteilung anzumelden. Der Verkauf von Zucht- und Nutzvieh darf innerhalb des Stadtbezirks nur an Mitglieder des rheinischen Viehhandelsverbandes oder an solche Personen erfolgen, die sich vorher bei der städtischen Milchablieferung einen Ausweis über die Unbedenklichkeit des Ankaufs beschafft haben.

Bei sämtlichen im Stadtbezirk vorhandenen Tieren wurden Ohrmarken angebracht, um jederzeit den Verbleib jedes einzelnen Tieres einwandfrei feststellen zu können. Dank der Einrichtung dieser Viehkataster ist der Schleichhandel mit Vieh im Stadtgebiet fast gänzlich unterbunden. Wir haben in Köln 550 Kuhhaltungen mit rund 2100 Kühen.

Ich sagte bereits, daß nur ein Bruchteil unseres Milchbedarfs natürlich daraus bestritten werden kann. Die übrige Milch kommt aus anderen rheinischen Kreisen. Milchlieferungspflichtig nach Köln sind im Regierungsbezirk Köln außer dem Stadtbezirk die Kreise: Köln-Land, Wipperfürth, Bergheim, Mülheim-Land, Euskirchen, Siegkreis, Bonn-Land, Gummersbach, Waldbröl und Rheinbach. Dazu treten im Regierungsbezirk Düsseldorf: Kleve, Grevenbroich, Neuß-Land, Geldern, Lennep, Mörs, Solingen-Land, Kempen, Krefeld und Düsseldorf-Land, sowie aus dem Regierungsbezirk Aachen: Schleiden, Eupen, Jülich und Malmedy. Ich wiederhole, daß dies nicht so zu verstehen ist, daß die gesamten genannten Kommunalverbände nun als solche verpflichtet sind, dem Kommunalverband Köln ihr gesamtes Milchaufkommen zu liefern. Zunächst ist zu beachten, daß unsere Nachbarstädte, insbesondere Bonn und Düsseldorf, dann aber auch die übrigen in der Nähe jener Kreise liegenden sonstigen Städte ebenfalls wie Köln, von alters her, und so auch am 1. August 1916, gewisse Milchmengen aus diesen Kreisen bezogen. Sodann ist Sinn der Bestimmung, daß die betreffenden Landwirte und Molkereien gehalten sind, ihre Milch in dem Umfange wie am 1. August 1916 ihren Kölner Milchhändlern nach wie vor zukommen zu lassen. Der Kommunalverband des Lieferbezirks hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß dies geschieht, und wir kontrollieren es. Von einer Verstädtlichung der Milchversorgung in dem Sinne, daß alle Milch, die kraft jener alten Milchhandelsbeziehungen in unseren Stadtbezirk hineinkommt, statt an die Händler, restlos an die Stadtverwaltung abgeliefert werden muß, hat Köln damals abgesehen und geglaubt, daß die Lieferungsverpflichtungen am besten dadurch aufrechterhalten bleiben, daß die Fäden zwischen Lieferant und Händler nicht zerschnitten werden, und daß auch den Verbrauchern damit am besten gedient sei, wenn jeder Händler schon in seinem eigenen Interesse auch in Zukunft dahin trachtet, möglichst viel Milch nach Köln hineinzubringen. Ein im vorigen Jahr unternommener Versuch, eine Zentralisierung der Milchversorgung in dem Sinne herbeizu-

führen, daß zwar jedem Milchhändler seine Lieferanten verbleiben, aber sämtliche eingehenden Milchmengen den Molkereien zugeführt und nach entsprechender Behandlung den Milchverkaufsstellen gleichmäßig und zu einheitlichem Preise zugeführt werden sollten, scheiterte leider an dem Widerstand der Milchhändlervereinigung, die trotz aller Aufklärung von dieser dann auch von der Kommission vorläufig fallen gelassenen Neuerung eine Erdrosselung des Milchhandels befürchtete.

Wie die Dinge jetzt liegen, ist die Arbeit der Milchabteilung keine leichte. Da ist in erster Linie die mühevoll Aufgabe, die möglichst vollständige Erfassung der Milch in den Erzeugerkreisen zu überwachen. Wir haben dabei zunächst einmal die fremden Kommunalverbände veranlassen müssen, in unserem eigenen Interesse die Erfassung der Milch in ihren Bezirken möglichst genau zu organisieren und zu kontrollieren. Zu dem Zweck werden schon seit 1918 an die verschiedenen Kreisausschüsse Unkostenbeiträge in der Höhe von 3 M. für je 1000 Liter Vollmilch bezahlt, damit der Lieferkreis alle Mittel zu einer möglichst vollkommenen Erfassung der Milch und auch zur Herbeiführung möglichst einwandfreier Lieferung, die vor allem durch den Molkereianschluß erstrebt wird, anwendet und die nötigen Revisionen durch Kreisrevisoren durchführt. Trotzdem wird der Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der am 1. August 1916 bestandenen Lieferungsbeziehungen dennoch in vielen Fällen nur in unzureichender Weise genügt. Infolgedessen steht die Milchabteilung in ständigem Schriftverkehr mit den Behörden der Lieferkreise und mit den Erzeugern selbst, die mit ihrer Lieferung zurückhalten. Es wird kein Mittel, Druck auf den Landwirt, Angehen der Aufsichtsbehörde, Anrufen der Provinzialfettstelle (Oberpräsident) unversucht gelassen, um die Milch, die unserer Stadt zusteht, ihr auch möglichst restlos zu erhalten. Als ein neues und anscheinend wirksames Mittel haben sich die Feststellungskommissionen ergeben, die seit kurzem zur Erfassung der Milch (übrigens auch der Kartoffeln) in den Liefergebieten geschaffen sind. In diese Feststellungskommissionen werden unsererseits Verbrauchervertreter, Gewerkschaftsmitglieder, die uns von den Gewerkschaften genannt werden, entsandt. Leider können wir in solche Feststellungskommissionen nur insoweit unsererseits Mitglieder entsenden, als es sich um Kreise des eigenen Regierungsbezirks Köln handelt. So ist in letzter Zeit z. B. in Rheinbach und wird in den nächsten Wochen in Wipperfürth und Bergheim nachgeprüft, daß die Landwirte ihre Pflicht nicht verabsäumen.

Um den Milcherzeugern, die infolge des Rückganges ihrer Milcherzeugung, oft auch im Zusammenhange mit Mangel an Fuhrwerk und Personal, nicht mehr in der Lage sind, ihre Milch regelmäßig zum Versand zu bringen, die Weiterlieferung zu ermöglichen, sind in Dormagen und Rommerskirchen auf Kosten der Stadt Milchsammelstellen eingerichtet worden. Im Kreise Kleve sind in dortigen Molkereien mit städtischem Zuschuß Kühlanlagen in Betrieb gesetzt, um die Milch in möglichst gutem Zustande nach Köln zu bekommen.

Der Umstand, daß lange Zeit hindurch der Milchversand aus dem besetzten Gebiet nach dem rechtsrheinischen Ufer unterbunden war, ermöglichte es der städtischen Milchabteilung, sich, wenigstens zeitweise, die Milchlieferrung einiger Molkereien am Niederrhein, auf die unsere Stadt keinen althergebrachten Anspruch hat, zu sichern. Zum großen Teil sind diese Lieferungen inzwischen wieder eingestellt auf Verfügung des belgischen Oberkommandos in Aachen.

Der Verbleib und Verbrauch der eingeführten, wie auch der im Stadtbezirk gewonnenen Milchmengen wird von der Milchabteilung genau kontrolliert, und zwar wird die Kontrolle über die mit der Bahn einkommenden Milchsendungen bei Eingang der Züge auf den betreffenden Bahnhöfen zeitweise durch Revisoren der Milchabteilung vorgenommen, wogegen für die Kontrolle der auf dem Landwege durch Fuhrwerk in den Stadtbezirk eingehenden Milchsendungen außer den Revisoren der Milchabteilung Milchmeldestellen tätig sind, von denen jetzt noch neun bestehen. Die in Betracht kommenden Fuhrwerke sind verpflichtet, sich unter Beibringung eines nach Literzahl, Herkunft und Bestimmung genau ausgefüllten Milchmeldezettels bei der Milchmeldestelle regelmäßig zu melden. Die von den Milchmeldestellen mit der Ladung verglichenen Meldezettel sind zweimal wöchentlich an die Milchabteilung zum Zwecke weiterer Nachprüfung auf Grund der entsprechenden Anzeigen der belieferten Milchverkaufsstellen weiterzugeben.

Zum Zwecke möglichst genauer weiterer Kontrolle über den Verbleib der Milch, mag sie im Stadtbezirk erzeugt oder von außerhalb eingeführt sein, mußte das Zubringen oder Zufahren der Milch an die Verbraucher verboten und angeordnet werden, daß die Milch nur in bestimmten, ausdrücklich zugelassenen Milchverkaufsstellen verkauft und gekauft werden darf. Augenblicklich bestehen 477 solcher Milchverkaufsstellen. Man wird ihre Anzahl nach Möglichkeit verringern müssen, da durchschnittlich nur 100 l in einer Verkaufsstelle umgesetzt werden und darauf eine Existenz, wie ohne

weiteres erkennbar, nicht gegründet werden kann. Die zum Milchbezug Berechtigten können sich zum Beginn eines jeden Versorgungszeitraums bei einer beliebigen Verkaufsstelle in die Kundenliste eintragen lassen, jedoch soll keine Milchverkaufsstelle mehr als für 260 l Kundschaft nehmen. Milhhändler, die eigene Lieferanten haben, sind verpflichtet, die in ihren Verkaufsstellen nicht benötigte Milch an eine der beiden städtischen Molkereien oder an eine sogenannte Ausgleichsstelle abzugeben. Auch die Kuhhalter im Stadtbezirk sind verpflichtet, ihre Milch nach Abzug der ihnen als Selbstversorger zustehenden Menge an die ihnen zugewiesenen Verkaufsstellen täglich regelmäßig abzuliefern. Zum Zwecke einer möglichst frühzeitigen und gleichmäßigen Verteilung der zur Verfügung stehenden Milchmengen sind elf Ausgleichsstellen und vier Sammelstellen geschaffen worden, die bestimmte in ihrem Bezirk gelegene Milchverkaufsstellen vollständig zu versorgen, den übrigen Stellen mit eigenen Lieferanten aber bei Störungen in der Milchzufuhr auszuhelfen haben. Eine weitere Aufgabe der Ausgleichsstellen besteht darin, die in den Verkaufsstellen nicht zum Verkauf gelangte Milch zu sammeln, pfleglich zu behandeln und einer der beiden städtischen Molkereien zuzuführen. Als Hauptregulatoren der Milchversorgung sind die beiden städtischen Molkereien tätig. Die eine besteht im Schlachthof; ihr ist eine Kindermilchanstalt angegliedert. Für die rechte Rheinseite wurde in der Germaniabrauerei, Holweiderstraße in Mülheim, ebenfalls eine Molkerei im vorigen Jahre eingerichtet.

Während im Frieden in unserer Stadt täglich über 200 000 l Vollmilch verbraucht wurden, ließ die Milchzufuhr mit den fortschreitenden Kriegsjahren immer mehr nach. Gründe sind der zunehmende Mangel an Futter, namentlich an Kraftfutter, die immer weiter gehenden Eingriffe in die Viehbestände zum Zwecke der allernotwendigsten Fleischversorgung, die Schwierigkeit, um nicht zu sagen Unmöglichkeit, der Beschaffung von neuem Milchvieh, dessen Preise immer mehr in die Höhe gehen, während die alten Tiere zu den festgesetzten niedrigen Schlachtviehpreisen abgestoßen werden müssen, schließlich die wachsenden allgemeinen Unkosten der Milchviehhaltung, die immer mehr Landwirte zu deren Aufgabe veranlaßten. Ein weiterer Rückgang ist zu verzeichnen durch den rücksichtslosen Konkurrenzkampf der Städte untereinander, die durch Preisüberbietungen unserer Stadt die Milchquellen abzugraben versuchen. Die sich mehrenden Transportschwierigkeiten hindern es, daß wir, wie das ehemals war, die von auswärts ankommende Milch mit

bestimmten Zügen sicher erwarten können. Die Milchkannen kommen verspätet und unregelmäßig, dazu auch noch beschädigt und bestohlen hier an. Das alles ist zu berücksichtigen, wenn man die Schwierigkeiten recht einschätzen will, den notwendigsten täglichen Milchbedarf bei den außerordentlichen Schwankungen der Zufuhr den Versorgungsberechtigten sicherzustellen. Aus natürlichen Gründen ist die jetzt beginnende Winterzeit die milchärmste, und ich mußte deshalb wahrheitsgemäß die Aussichten für unsere Frischmilchbelieferung in der vorletzten Stadtverordneten-Sitzung als nicht gut bezeichnen. Einem täglichen Frischmilchnotbedarf von 68327 l stand im Monat September eine tatsächlich nur vorhandene Vollmilchmenge von durchschnittlich täglich 60000 l gegenüber. Seit Anfang Oktober ist die Milchzufuhr noch weiter auf durchschnittlich 53000 l zurückgegangen, so daß wir schon seit dem 7. Oktober an die Kinder über 6 Jahre keine Milch mehr verabreichen können. Augenblicklich ist der tägliche Milcheingang etwa 46000 l, so daß von heute ab leider die Kinder des 5. und 6. Lebensjahres auf die Hälfte ihrer Ration, auf $\frac{1}{4}$ l, gesetzt werden mußten. Mit weiterem Rückgang ist zu rechnen.

Bei der Versorgungsregelung ist die Stadtverwaltung einen von den Richtlinien des Reiches etwas abweichenden Weg gegangen. Bindend schreibt das Reich nur die Höchstmenge der erlaubterweise zur Verteilung gelangenden Milch vor. Ich sagte bereits, daß, wenn wir mehr als diese gesetzliche Höchstmenge, wie erwähnt 68327 l pro Tag, verteilen, die darüber hinausgehende Milchmenge uns durch Wenigerzuteilung von Fetten von der Reichsfettstelle angerechnet wird. In diese Verlegenheit kommen wir aber kaum, da die uns zur Verfügung stehende Milchmenge unter der gesetzlichen Höchstziffer bleibt. Innerhalb des Rahmens dieser gesetzlichen Höchstmenge sind wir jedoch frei. Und da hat es die Stadtverwaltung nach Einholung des Urteils ärztlicher Sachverständiger für richtiger gehalten, in milchreicherer Zeit auch den Kindern über sechs Jahre noch $\frac{1}{4}$ l Vollmilch zuzugestehen, an Stelle auch diese geringen Mengen noch, wie die Richtlinien der Reichsstelle vorsehen, den Kleinkindern zuzuwenden.

Die Überwachung der Milchverkaufsstellen geschieht an Ort und Stelle durch Revisoren der Milchabteilung, die insbesondere auch damit beauftragt sind, fortlaufende Milchproben zu entnehmen und verdächtige Milch zur weiteren Verfolgung einer der beiden Nahrungsmitteluntersuchungsanstalten und weiter der Polizei zu überweisen.

Die Buch- und Geschäftsführung der Milchverkaufsstellen wird in der Milchabteilung geprüft. Zu dem Zweck müssen die Milchverkaufsstelleninhaber allmonatlich mit ihrem Milcheingangsbuch, ihrer Kundenliste und den Lieferzetteln bei der Milchabteilung sich einfinden. Die Milchabteilung prüft Milchein- und -ausgang auf Grund der monatlichen Nachweisungen über den Milchumsatz und auf Grund von Lieferscheinkarten, die in doppelter Ausfertigung einerseits durch den betreffenden Milchhändler, der die Milch empfangen hat, anderseits durch den Gemeindevorstand des Wohnsitzes des Milcherzeugers eingereicht werden. Über ihren Markenumsatz haben die Milchverkaufsstellen allwöchentlich Dienstags in der Milchabteilung abzurechnen. Die Kuhhalter im Stadtbezirk sowie die Verkaufsstellen, die über überschüssige eigene Milch verfügen, sind verpflichtet, über ihre Milchabgabe Lieferscheine auszustellen. Die gleiche Verpflichtung besteht für die Ausgleichstellen, die umgekehrt für Milch, die an sie abgeführt wird, Empfangsscheine auszufertigen haben. Die Nachprüfung in der Milchabteilung hat sich auf die Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten zwischen den Angaben auf den Lieferscheinen oder Lieferkarten und den entsprechenden Angaben der Händler zu erstrecken. Milchverkaufsstellen, deren Geschäftsführung mit den Vorschriften in Widerspruch geraten, werden zunächst verwarnet, im Wiederholungsfalle aber, oder bei besonders schwerwiegenden Verfehlungen, durch zeitweisen Ausschluß vom Milchverkauf bestraft. Im Falle der gerichtlichen Bestrafung wegen Milchfälschung tritt grundsätzlich die dauernde Entziehung der Milchverkaufsstelle ein.

Auf die Milchpreisfrage einzugehen, wird zu weit führen; auch die von Frau Schulte kürzlich angeschnittene Frage einer Änderung in der Organisation des Milchhandels wird wohl am besten in der zuständigen Kommission weiter erörtert.

Die Wichtigkeit der **Futtermittel** für unsere Ernährung habe ich wiederholt berührt. Das Vorhandensein genügender geeigneter Futtermittel bildet die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Fleisch-, Fett- und Milchbewirtschaftung, Futter für die Pferde die Grundlage für das Funktionieren des für die Nahrungsmittelversorgung so überaus wichtigen Transportwesens in den Städten. Auch die Futtermittelverteilung ist im Laufe des Krieges zentralisiert worden. Indessen ist schon vor Monaten mit dem Abbau der Futtermittelbewirtschaftung seitens des Reiches begonnen. Wichtige Futtermittel, ich erinnere nur an Hafer, sind frei. Infolgedessen hat auch

die Stadt Köln ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete erheblich eingeschränkt. Die Versorgung der Pferde erfolgt bereits wieder durch den Handel. Für das Rindvieh erfolgen noch hin und wieder Überweisungen seitens der Reichsbehörde. Hier beschränkt sich die Tätigkeit der Verwaltung darauf, diese Zuweisungen auf die einzelnen Viehhalter unterzuverteilen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit **Gemüse** und **Obst** ist beginnend mit dem Jahre 1916 mehr und mehr scharf zentralisiert worden. Die Reichsgemüsestelle, mit der Landesgemüsestelle für Preußen und den Provinzial- und Bezirksstellen in den Provinzen und den Regierungsbezirken, hatten weitgehende Befugnisse. Diese sind aber seit Mitte dieses Jahres sehr erheblich eingeschränkt worden.

Der Handel mit Obst ist frei. Höchstpreise werden nicht mehr festgesetzt. Damit hat die Stadtverwaltung auf dem Obstmarkte ihre Zuständigkeit eingebüßt.

Was das Gemüse angeht, so hatte die Reichsgemüsestelle im Laufe des Krieges auf dem Gemüsemarkte eine doppelte Tätigkeit entfaltet. Einmal suchte sie die Großstädte und Industrie-Unternehmungen zum Abschluß von Lieferungsverträgen mit festen Preisen mit Landwirten zu veranlassen. Dabei hatten die Landwirte das Recht, den Höchstpreis zu fordern, wenn dieser höher war, als der Vertragspreis. Dieses System hat sich im ganzen nicht bewährt. War die Ernte gering, so suchten sich viele Landwirte ihren Verpflichtungen zur Lieferung mit allen Mitteln zu entziehen, weil ihnen der freiere Handel höhere Gewinne bot. War die Ernte reichlich, so schickten zahlreiche Landwirte den Großstädten das eigene und auch das Gemüse der Nachbarn in kurzer Zeit auf den Hals, weil sie für die ganze Menge den Vertragspreis erhielten und sie damit vor jedem Risiko geschützt waren. Sofort nach Einsetzen der besseren Ernährung haben die meisten Städte daher den Abschluß von Verträgen sehr eingeschränkt, und es ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß im nächsten Jahre keine Stadt mehr Verträge abschließen wird. Die zweite Frage, mit der die Reichsstelle für Gemüse und Obst sich eingehend beschäftigt hat, war die Festsetzung von Höchstpreisen. Es ist ein alter Grundsatz, daß Festsetzung von Höchstpreisen ohne gleichzeitige Beschlagnahme der Ware keine besondere Wirkung verspricht. So auch hier. Die Reichsgemüsestelle ist daher später zu einer Beschlagnahme wenigstens des Herbstgemüses übergegangen. Inzwischen ist aber jegliche Be-

schlagnahme von Gemüse seitens der Reichsstelle aufgehoben worden. Daher haben auch die städtischen Gemüsestellen ihren wesentlichen Zweck, Abnahme des Gemüses von behördlichen Stellen, den Kreis- und Bezirksgemüsestellen, eingebüßt. Zur Zeit ist die Lage so, daß die städtische Gemüseabteilung das Gemüse, welches auf Grund der alten Verträge noch zur Ablieferung kommt, an den Handel und die Verbraucher verteilt. Eigene Ankäufe werden kaum mehr getätigt. Die amtliche Bewirtschaftung des Gemüses war von vornherein bei der leichten Verderblichkeit der Ware ein äußerst gefährliches Unternehmen, mehr noch bei Obst. Bei diesem letzteren sind wiederholt durch die Erfassung der Reichsstelle so lebhafte Verzögerungen eingetreten, daß große Mengen zugrunde gegangen sind. Auch beim Gemüse haben sich die gleichen Schäden, wenn auch in abgeschwächtem Maße, gezeigt. —

Über die **Eier** brauche ich nicht zu sprechen. Der Inlandhandel mit Eiern ist frei. Der Handel mit Auslandseiern ist noch zentralisiert. Ergebnis: Inlandseier gibt's nur zu unerschwinglichen Preisen, Auslandseier überhaupt nicht, da das Reich bei den den Preis der Inlandseier noch übersteigenden Preisen, die sich bei unserer Valuta ergeben, von Einkäufen im Ausland absieht. Ein tief betrüblicher Zustand! —

Mit der Verteilung inländischer **Nährmittel** ist im Reich die Reichsstelle für Nährmittel beauftragt. Sie hat für das ganze Deutsche Reich einen Schlüssel aufgestellt, wonach sämtliche Kommunalverbände in fünf Gruppen eingeteilt sind. Die Gruppe I erhält eine Monatsgrundration von 1250 g, Gruppe II von 1000 g usw. hinunter bis zur Gruppe V mit 250 g. Bei der Einreihung in die einzelnen Gruppen sollte namentlich die Zusammensetzung und Dichtigkeit der Bevölkerung und die Lage des Kommunalverbandes in landwirtschaftlicher Hinsicht berücksichtigt werden. Nach diesem Schlüssel verteilt die Reichsstelle für Nährmittel die verfügbaren Mengen zunächst an die einzelnen Staaten und diese wiederum, und zwar für Preußen das Preußische Landesamt für Nährmittel, stellen die entsprechenden Mengen den Regierungspräsidenten zur Verteilung an die Kommunalverbände zur Verfügung. Die Angelegenheit wird bei uns durch das Einkaufsamt bearbeitet. So die verwaltungstechnische Organisation. Der geschäftliche Teil vollzieht sich in der Weise, daß die Fabriken und Mühlen sich zu Verbänden und Zentralen zusammengeschlossen haben, z. B. zum Verband deutscher Teigwarenfabriken, zur Grieszentrale, zur Graupenzentrale und andere

mehr. Sie nehmen die Verteilung der Aufträge auf die angeschlossenen Fabriken und Mühlen vor. Die Ablieferung erfolgt nach den Weisungen der Bezirkszentralen, die die Aufgabe haben, die Waren auf dem zweckmäßigsten Wege den Kommunalverbänden zuzuführen. Für die Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier ist die Bezirkszentrale die Einkaufsgesellschaft Rhein-Mosel. Die Stadt Köln ist unbegreiflicherweise in die Nahrungsmittelgruppe II eingereiht worden mit der Begründung, daß sie ein gutes landwirtschaftliches Hinterland habe, aus dem doch mancherlei für die städtische Bevölkerung abfalle! Die seit Jahren wiederholten dringenden Vorstellungen der Stadt Köln, daß die Stadt nach ihrer Größe und Zusammensetzung unbedingt in die höher belieferte Gruppe I gehöre, haben schließlich dahin geführt, daß zwar nicht die Aufnahme der Stadt in diese Gruppe durchgesetzt werden konnte, daß ihr aber eine monatliche Sonderzuteilung zum teilweisen Ausgleich dieser ungerechtfertigten Behandlung zugestanden worden ist. Die Belieferung von Nahrungsmitteln leidet seit Monaten unter bedauerlichen Stockungen, so haben wir die Novemberzuteilung bis auf den heutigen Tag noch nicht erhalten. Es mehren sich ferner bei der Knappheit von inländischen Nahrungsmitteln jetzt die Zuweisungen von ausländischen Hafernahrungsmitteln, die erheblich teurer sind.

Von den Reichsimporten an Mehl, Reis und Hülsenfrüchten, die sehr unregelmäßig erfolgt sind (sie kommen von Rotterdam nach der Zuweisung der Alliierten) und über die vom Reich angeordnete Verbilligungsaktion sprach ich bereits zu Ihnen in der öffentlichen Stadtverordnetensitzung. Auch heute muß ich leider wiederholen, daß wir über die Fortsetzung der Aktion, die nach den bisherigen Verlautbarungen auf alleinige Kosten des Reiches weiter erfolgen soll, noch nicht klaren Wein eingeschenkt erhielten. --

Die **Zucker**zuteilungen und -lieferungen vollziehen sich in einfacherer Weise als diejenigen von Nahrungsmitteln; das ist hierbei möglich, weil es sich um weniger Fabriken und um größere Mengen handelt. Die Reichszuckerstelle hat die Verteilung für ganz Deutschland und weist die Mengen an die einzelnen Staaten an durch Bezugsscheine auf bestimmte Fabriken. Für die Verteilung in Preußen ist das Preußische Landeszuckeramt zuständig. Dieses verteilt die Bezugsscheine ohne Inanspruchnahme der Regierungspräsidenten an die Kommunalverbände nach den ihnen zustehenden Mengen und den frachtgünstigsten gelegenen Fabriken. Auf Grund der Bezugsscheine setzen die Kommunalverbände sich dann mit den liefernden Fabriken

in Verbindung und beziehen und verrechnen unmittelbar. Die Kommunalverbände geben nach Möglichkeit die Bezugsscheine auf die Fabriken dem Handel, so daß dieser dann in der Lage ist, unmittelbar mit den Fabriken zu verkehren. Deutschland hatte vor dem Kriege eine den heimischen Bedarf weit übersteigende Zuckererzeugung, fast die Hälfte des in Deutschland überreich gewonnenen Verbrauchszuckers wurde ausgeführt. Auch in der ersten Kriegszeit hätte niemand daran gedacht, daß bei uns der Zucker knapp werden würde. Die trotzdem eintretende Knappheit wurde im Kriege mit dem Bedarf der Heeresverwaltung für technische Zwecke begründet; Rückgang der Zuckererzeugung infolge Abnahme der Anbaufläche und Minderung des Hektarertrages zufolge Mangel an künstlichen Düngermitteln kam hinzu. Dieser Rückgang hat erschreckend zugenommen und ist durch den Wegfall des technischen Heeresbedarfs auch nicht wettgemacht. Daher die allgemeine Zuckerknappheit. Selbst bei der geringen Monatsration von 600 g, zu der nur noch für Kinder Zulagen gewährt werden, geht es nicht ohne ärgerliche Stockungen ab. Mit den Zuckerlieferungen hat es einige Monate sehr gehapert. Auf unsere dringenden Vorstellungen hin sind aber inzwischen die rückständigen Mengen größtenteils geliefert. Allgemein werden Sie mit uns bedauert haben, daß uns in diesem Jahr besonderer Einmachzucker nicht zur Verfügung gestellt worden ist. Unsere eigenen stark zusammengeschmolzenen Restbestände mußten für die laufende Zuckerversorgung im Winter in Rücksicht auf die sehr ungünstigen Aussichten der Zuckerversorgung zurückgehalten werden, damit wir über die langen Stockungen hinwegkommen. Auch jetzt rechnet die Reichszuckerstelle sogar damit, daß statt des Verbrauchszuckers unter Umständen Rohzucker geliefert werden muß, da die Kohlenbelieferung der Zuckerfabriken große Schwierigkeiten macht. Die kleine Reserve, über die wir verfügen, wird also höchstwahrscheinlich noch dringend benötigt werden, damit wir nicht in Verlegenheit kommen. Syrup hat die Stadt Köln zur Herstellung von Lebkuchen selbst herstellen lassen und verfügt auch noch über Vorräte, die die Herstellung von Lebkuchen noch weiterhin sichern. —

Die Zuteilung von **Brotaufstrich** vollzieht sich in ähnlicher Weise wie die von Zucker durch Bezugsscheine. Die Lieferungen erfolgen unmittelbar von den Fabriken an die Kommunalverbände, teils auch, soweit möglich, an die Händler. Die Nachfrage nach Brotaufstrich hatte vor einigen Monaten bei dem reichlicheren Angebot von Fett im freien Handel außerordentlich nachgelassen, ist aber dann infolge

der Preissteigerungen für Fettwaren wieder bedeutend stärker geworden. Die Rationierung wird daher unter den gegenwärtigen Verhältnissen beibehalten werden müssen. Wir glauben, daß auch weiterhin ausreichende Mengen zugeteilt werden können.

Was die sonstigen vom Einkaufsamt früher noch verwalteten Waren, wie Kaffee, Tee und dergleichen angeht, so konnten sie, als die Blockade aufgehoben wurde, von dem freien Handel wieder eingeführt werden, und es ist daher ein weiterer Bezug durch die Stadt unterblieben. Die Vorräte wurden allmählich verteilt; heute sind keine Bestände mehr vorhanden. Möglicherweise wird die Stadt bei der jetzigen Knappheit den einen oder andern Artikel, ich denke z. B. an Käse, wieder aufnehmen müssen. In dem Einkauf, zumal ausländischer Waren, liegen zur Zeit bei der Unklarheit aller maßgeblichen Verhältnisse derartige Risiken, daß äußerste Vorsicht da am Platze ist.

Zur unbedingten Sicherstellung einer geordneten Zuführung der Waren an die Bevölkerung muß die Stadt größere Lager unterhalten, teils um die nötigen Mengen für eine Ausgabe anzusammeln (auch bei der Ausgabe von nur wenigen Gramm kommen bei 650 000 Bezugsberechtigten ungeheure Mengen zusammen), teils um Reserven für den Notfall zu unterhalten. Die Lagerung macht heute außerordentliche Schwierigkeiten, da dem Einkaufsamt die Räume im Zollhafen, die es während des Krieges inne hatte, teils infolge der Beschlagnahme von Räumen durch die Engländer, teils infolge der vom Herrn Oberbürgermeister in seiner Einführungsrede geschilderten Entwicklung des Einfuhrhandels nicht mehr zur Verfügung stehen und in Köln zurzeit ein außerordentlich großer Lagerraummangel besteht. Für die Unterbringung der Waren haben mit großen Kosten eigene Lager innerhalb der Stadt eingerichtet werden müssen. —

Die **Fisch**abteilung ist im Jahre 1916 aus dem Einkaufsamt hervorgegangen. Sie übernahm damals vom Einkaufsamt große Bestände an verschiedenen Fischwaren, wie Heringe, Stockfische, Klippfische usw. Bis zum Herbst 1917 hielt sich die Belieferung der Stadt mit Fischen und Fischwaren in den Grenzen der vom Reichsfischkommissar zugeteilten Kontingentsmenge, die sich jedoch für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu gering erwies. Von da ab stockte die Einfuhr an frischen Fischen nahezu völlig. Sie setzte erst wieder ein im Februar 1919 und war seitdem wenigstens einigermaßen befriedigend. In der Zwischenzeit wurden der

Bevölkerung die übernommenen Bestände an Klipp- und Stockfischen, sowie Zuweisungen an Heringen, Marinaden und Muscheln zugänglich gemacht. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Belieferung mit Frischfischen für den kommenden Winter im bisherigen Umfange beibehalten werden kann.

Sie wissen, daß der Handel mit Fischen inländischer Fangplätze seit Anfang August 1919 frei ist. Die öffentliche Bewirtschaftung der Inlandsfische ist aufgehoben. Zeitungsnachrichten zufolge sollten an den deutschen Hauptfangplätzen der Nordseefischerei — in der Ostsee ruht die Fischerei seit der neuen Blockade fast ganz — größere Mengen frischer Seefische auf den Markt kommen. Tatsächlich bemühen sich aber die Kölner Fischhändler ohne Erfolg, Inlandsfische zu erhalten, und nach unseren Informationen wird der Fischfang gelähmt durch den Kohlenmangel und durch die Gefahr der in den letzten stürmischen Tagen losgerissenen Minen. Köln ist, wie bekannt, im wesentlichen auf holländische Fänge angewiesen. Es wird sich zweckmäßig auch weiterhin aus Holland versorgen müssen. Von dort bezog es schon in Friedenszeiten fast den ganzen Verbrauch, obwohl damals die deutschen Fänge bei weitem ergiebiger waren und die gegenwärtigen Transportschwierigkeiten nicht in Frage kamen. Die Preise sind abhängig vom Stande der Valuta und ändern sich fast täglich. Gegenwärtig sind sie bedauerlicherweise ja so hoch, daß der Frischfisch für die minderbemittelte Bevölkerung leider fast unerschwinglich ist.

Auch die Einfuhr von Räucherwaren wird höchstwahrscheinlich für den Winter eine auskömmliche sein. Wegen der Hereinschaffung von Muscheln, leider auch zu teuren Preisen, sind Abschlüsse getätigt. An Heringen hat sich die Fischabteilung einen Bestand von mehreren tausend Tonnen gesichert. Sie sollen natürlich für die kommenden knappen Zeiten aufgehoben werden. Stockfische haben wir dagegen leider bisher noch nicht erhalten können. —

Ich muß bei der vorgerückten Zeit es mir versagen, auf weitere Einzelheiten unserer Lebensmittelwirtschaft einzugehen und darf zum Schluß nur zusammenfassend noch folgendes sagen:

Von den 40 ins Leben gerufenen Abteilungen sind fünf bereits aufgelöst und weitere neun befinden sich in der Liquidation. Von den weggefallenen habe ich bereits einige gelegentlich genannt (Abteilung für Dörranstalten, Marmeladefabrik, Abteilung für Kleinverkauf und andere). Als weggefallen erwähnen will ich wenigstens noch die zwei Schmerzenskinder, Abteilung für Schwerarbeiter und

Abteilung für Massenspeisung, über die rückschauend manches zu sagen wäre. 26 Abteilungen bestehen heute noch. Der Arbeitsumfang wird Ihnen illustriert, wenn ich erwähne, daß in diesen Abteilungen im ganzen 123 Beamte und 1938 Angestellte und Arbeiter, insgesamt also 2061 Personen arbeiten, und daß der Gesamtumschlag an Waren allein im letztabgeschlossenen Geschäftsjahre (1. April 1918 bis 31. März 1919) fast 261 Millionen Mark beträgt. Seit ihrer Gründung haben die kriegswirtschaftlichen Abteilungen für die Lebensmittelversorgung der Stadt Köln bis zum 31. März 1919 einen bilanzmäßigen Gesamtverlust von über $24\frac{3}{4}$ Millionen Mark gehabt.

Meine Damen und Herren! Ich habe geglaubt, mich darauf beschränken zu sollen, in rohen Strichen und groben Zügen Ihnen einen Überblick über die Nahrungsmittelwirtschaft unserer Stadt zu geben. Die ganze Organisation, aus der Not geboren und sprunghaft gewachsen und den wechselnden Bedürfnissen des Tages jeweils angepaßt, ist auch jetzt noch in ständigem Flusse.

Ich habe es absichtlich vermieden, auf die mannigfachen grundsätzlichen Fragen, die nur zum Teil kurz angedeutet werden konnten, einzugehen. In der Zusammenarbeit der nächsten Wochen und Monate, insbesondere in den Beratungen der zuständigen Kommissionen, wird genügend Zeit und Gelegenheit sein, zu all den Dingen Stellung zu nehmen, die hier nur gestreift worden sind. Worauf es heute ankam, war ja nur, als Grundlage für nutzbringende weitere Erörterungen den Damen und Herren, die bisher nicht der Stadtverordneten-Versammlung angehörten, die unserer Arbeit auf diesen Gebieten bisher fernstanden, einen allgemeinen Überblick über Kölns Lebensmittelversorgung zu geben, einen Überblick, den Herr Kollege Dr. Billstein demnächst vervollständigen wird.

